

OBERSICHT

AUSSENPOLITIK

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

(1) Die deutsch-chinesischen Beziehungen im Berichtszeitraum

a) Nachklang zum Besuch Hua Guofengs in Europa:

Am 10. November kehrte der chinesische Ministerpräsident von seiner großen Westeuropareise zurück, die ihn vom 15. Oktober ab durch Frankreich, die Bundesrepublik, Großbritannien und Italien geführt hatte. In einem Rückblick anlässlich des 12. Treffens des Ständigen Ausschusses des V. NVK in Peking wurde die Reise als Beitrag zum Weltfrieden gewürdigt. Man habe chinesischerseits auch stets betont, daß Peking an einem starken vereinten Europa interessiert sei, mit dem man für den Weltfrieden arbeiten könne. Alle vier Staaten seien hochentwickelte Gesellschaften, von denen China lernen könne. China habe umgekehrt erkannt, daß die Europäer Interesse an der Modernisierungspolitik der Volksrepublik hätten (XNA 24.11.79).

b) Besuch von Späth und Hauff:

Schon wenige Tage, nachdem Lothar Späth, der baden-württembergische Ministerpräsident, Hua Guofeng in Stuttgart willkommen geheißen hatte, wurde er nun seinerseits von Hua in Peking begrüßt (XNA 11.11.79). Hua zeigte sich bei dem Gespräch besonders interessiert an Vorschlägen Späths, die beiden Länder sollten die Zusammenarbeit auch auf der Ebene mittlerer und kleiner Betriebe ausweiten. Selbstverständlich könne man auch gemeinsame Großprojekte in Angriff nehmen. Späth bot den chinesischen Stellen an, im Jahre 1980 zehn Wissenschaftler aus Shanghai für zwölf Monate zur Weiterbildung nach Baden-Württemberg zu schicken. Auch in den darauffolgenden vier Jahren sollen jeweils zehn chinesische Lehrkräfte Stipendien der Stuttgarter Landesregierung erhalten. Gleichzeitig werden zwei Lehrer aus der Bundesrepublik nach Shanghai gehen, um an der dortigen Jiatong Deutschunterricht zu erteilen. In Shanghai soll ferner ein Symposium mit Wirtschaftsfachleuten beider Ländern veranstaltet werden. Baden-Württemberg werde ferner chinesische Fabriken aufordern, Ausbilder zum Studium der Technologie und des Wirtschaftsmanagements zu entsenden. Baden-Württemberg plane auch, Maschinen, elektronische Instrumente und Ausrüstungen für die Textilindustrie in Shenyang (Hauptstadt der Provinz Liaoning) im Jahre 1980 zu präsentieren

(XNA 12.11.79).

Die wichtigsten Gesprächspartner des Bundesforschungsministers Volker Hauff, der am 16. November in Peking eintraf, waren Fang Yi, Minister der staatlichen Kommission für Wissenschaft und Technologie, sowie Deng Xiaoping. Bei einem Begrüßungsbankett erklärte Fang Yi, daß seit der Unterzeichnung des Wissenschafts- und Technologieabkommens von 1978 beide Länder bereits neun Sonderabkommen unterzeichnet und mehr als achthundert Wissenschaftler und Ingenieure ausgetauscht hätten - ein Zeichen für die Intensität der Kooperation (XNA 17.11.79). U.a. wurden fünf Abkommen über gemeinsame Forschungsprojekte im Energie- und Rohstoffbereich unterzeichnet, nämlich:

- Erarbeitung einer gemeinsamen Studie über die optimale Energieversorgung in einem von der chinesischen Seite noch näher zu bestimmenden Gebiet der Volksrepublik. Die hier erarbeiteten Daten könnten zum Fundament für die Errichtung einer Großenergieanlage durch deutsche Firmen werden.
- Die praktische Anwendung eines in der Bundesrepublik entwickelten neuartigen Prospektionsverfahrens für Erdöl und Erdgas. Es handelt sich hier um ein Oberflächenverfahren, das kostspielige Versuchsbohrungen erübrigt.
- Zusammenarbeit zur Erstellung einer Studie über das Kohlenwasserstoffpotential des Linyi-Beckens im Ostchinesischen Meer.
- Die Zusammenarbeit im Bereich alternativer Energiequellen (Solarenergie, Biogas und Kohleveredelung). Die Bundesrepublik hat langfristige Interesse am Bezug solcher Energie.
- Acht Projekte der Rohstoff- und Materialforschung im Bereich der NE-Metalle, vor allem Kupfer, Vanadium und Titan, die für die Edelstahlproduktion wichtig sind. Solche Vorhaben werden vor allem in der Inneren Mongolei und in der Provinz Qinghai in Angriff genommen.

Auch über weitere Projekte einer künftigen Zusammenarbeit wurde diskutiert, u.a. über den Austausch von Wissenschaftlern auf dem Gebiet der Festkörperforschung und der Hochenergiephysik. Auf längere Sicht sollen auch Autofabriken durch deutsche Firmen in China errichtet werden. China ist hierbei hauptsächlich an einer Zusammenarbeit mit VW und Daimler interessiert (u.U. Nachbau des Golf sowie der Mercedes LKWs). Am 20. November gab die Stiftung Volkswagenwerk bekannt, daß sie der Tongji-Uni-

versität in Shanghai, also der "deutschen" Hochschule in China, eine Million DM für den Bau eines physikalischen Instituts zur Verfügung stellen werde (SWB 23.11.79). Hauff gab am 20. November ein Erwidernsbankett, auf dem fast alle Minister erschienen, die mit Wissenschaft, Maschinenbau, Metallurgie und Erziehungswesen zu tun haben (XNA 20.11.79).

c) Kulturaustausch:

Die Berliner Philharmoniker unter Herbert von Karajan gaben mehrere Konzerte, bei denen die "Lieblingsmusik Zhou Enlais", nämlich Beethovensche Symphonien, überwogen. Die siebte Symphonie wurde von den Berlinern und einigen chinesischen Philharmonikern gemeinsam gespielt.

Anfang November trat eine Delegation der ARD unter der Leitung von Friedrich-Wilhelm von Sell in Peking ein, wo es am 9. November zu einem Abkommen zwischen ARD und der zentralen Rundfunkanstalt über den Austausch von Fernsehkorrespondenten kam (SWB 16.11.79). Die Vertragspartner verpflichteten sich außerdem zur gegenseitigen Unterstützung in den Bereichen Berichterstattung, Programmaustausch und Technik. China will einen Hörfunkkorrespondenten nach Bonn entsenden. Dies wäre der erste Rundfunkvertreter der Volksrepublik in Westeuropa. Der ARD-Hörfunk ist seit 1977 in Peking vertreten (XNA 10.11.79).

-we-

WESTEUROPA

(2) Hoffnung auf Raketennachrüstung durch die NATO

Xinhua (XNA, 10.10.79) bezeichnet das Angebot Breschnjews, daß die Sowjetunion 20.000 Soldaten und 10.000 Panzer aus der DDR abziehen wolle, als einen Täuschungsakt, der in keiner Weise geeignet sei, das militärische Gleichgewicht in Mitteleuropa wiederherzustellen. Heute gebe es in der DDR 383.000 Soldaten, aufgegliedert in einundzwanzig Infanterie- und zehn gepanzerte Divisionen. Die 7. US-Armee verfüge demgegenüber nur über 203.000 Mann. Bis vor kurzem habe sich die NATO von der Illusion bestimmen lassen, die quantitative Überlegenheit des Ostens sei durch die Qualität der westlichen Waffen ausgeglichen. Doch diese Annahme stimme zumindest seit der Installierung von mindestens einhundert SS-20 Mittelstreckenraketen mit nuklearen Mehrfachsprengköpfen durch die Sowjetunion nicht mehr. Außerdem habe die Sowjetunion in der Zwischenzeit über 80 Backfire Bomber ihrem europäischen Rüstungsarsenal hinzugefügt. Mit beiden Waffensystemen habe Moskau ein entscheidendes Übergewicht in Europa erhalten.

Welchen speziellen Zweck verfolge Breschnjew mit seinem Vorschlag?

Es gehe ihm erstens darum, den Plan der Nato, nun als Antwort ebenfalls neue Mittelstreckenraketen aufzustellen, zu vereiteln. (Am 13.12. faßte der Natorat demgegenüber den Beschluß zur Nachrüstung.)

Zweitens solle Zwietracht zwischen die USA und ihre europäischen Alliierten gesät werden (vor allem Belgien und die Niederlande weigerten sich ja einige Zeit, den Nachrüstungsbeschluß mitzutragen).

Drittens solle die Stimmung im US-Senat zugunsten des SALT II Abkommens beeinflusst werden (XNA, 10.10.79).

Dieses Thema beherrschte die Europaratberichterstattung auch während des Berichtszeitraumes. Es wurden deutsche, belgische, britische, französische und amerikanische Stimmen zitiert, in denen die sowjetische Expansionsabsicht drohend an die Wand gemalt war. Vor allem die Berliner Presse wurde dabei berücksichtigt (XNA, 11.10.79). Zitiert wurde der britische Verteidigungsminister: Auch nach Rückzug der 20.000 Mann seien die Warschauer Pakt-Streitkräfte um 140.000 Mann stärker als die Nato-Streitkräfte. Nach dem Panzerrückzug blieben ferner dem Warschauer Pakt immer noch 16.000 Panzer, verglichen mit den 6.500 der Nato (XNA, 10.10.79). XNA (27.11.79) verurteilte auch die Versuche des sowjetischen Außenministers Gromyko, auf die Bundesrepublik Druck auszuüben.

-we-

(3) Griechischer Ministerpräsident in China

Vom 12.-15. Nov. stattete der griechische Ministerpräsident Konstantin Karamanlis der Volksrepublik einen Besuch ab, bei dem er mit der gesamten Führungsspitze in Kontakt kam. Griechenland hat aus der Sicht Pekings einen wichtigen Stellenwert im östlichen Mittelmeer, in dem die "bogenförmige Seeroute" der Sowjetunion via Rotes Meer-Indik-West Pazifik beginnt. China erhofft sich eine Wiederanbindung Griechenlands an die Nato und begrüßt den Beitritt des Landes zur EG. Die EG war denn auch einer der wichtigsten Punkte der Besprechungen (XNA, 13.11.79). Beide Länder hatten diplomatische Beziehungen im Jahre 1972, also noch zur Zeit der Militärjunta aufgenommen - ein Zeichen, wie wichtig China die Rolle Griechenlands bereits zu einer Zeit gesehen hat, als es noch geneigt war, ideologische Gesichtspunkte genauso wichtig zu nehmen wie realpolitische Aspekte. Am 15. November wurde ein Abkommen über wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit unterzeichnet (XNA, 16.11.79), in dem auch von gemeinsamen Projekten auf dem Gebiet der Forschung die Rede ist.

Mit Besorgnis hatte China einige Wochen vorher reagiert, als es zum Abschluß eines Kontrakts

zwischen der griechischen Schiffswerft Neorion und der sowjetischen "Sudo-Import" über die regelmäßige Reparatur sowjetischer Handelsschiffe kam. Die Agentur Xinhua (XNA, 30.9.79), die in solchen Fällen immer dazu neigt, überzureagieren, stellt jedoch gleichzeitig mit Befriedigung fest, daß die griechische Öffentlichkeit den Fall recht kritisch aufgenommen habe.

-we-

(4) Nachträge zu Hua Guofengs Italienbesuch

CHINA aktuell hat über den Besuch des chinesischen Ministerpräsidenten in Italien bereits berichtet (Oktober 1979, Ü. 3). Hier noch einige Ergänzungen:

Am 6. November unterzeichneten Hua und der italienische Ministerpräsident Cossiga eine gemeinsame Erklärung für den weiteren Ausbau der wirtschaftlichen und Handelsbeziehungen. Hierbei wurde festgestellt, daß in Rom bereits am 23. April 1979 ein Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit unterzeichnet worden sei und daß auch die Bank of China sowie die italienische Staatsbank im Mai ein Kreditabkommen festgelegt hätten. Beide Verträge bildeten das Rahmenwerk für den weiteren Ausbau der beiderseitigen Beziehungen auf wirtschaftlichem, kommerziellem, industriellem und technologischem Sektor (XNA, 7.11.79).

Bereits am 19. Oktober war ein Abkommen über die Zusammenarbeit auf kulturellem, wissenschaftlichem und technologischem Gebiet für den Zeitraum 1980/81 unterzeichnet worden, und zwar vom chinesischen Botschafter in Italien und dem italienischen Außenminister. Grundlage für diese Abmachung war das Abkommen über kulturelle, wissenschaftliche und technologische Kooperation vom 6. Oktober 1978.

Am 6. November unterzeichnete der chinesische Außenminister Huang Hua zusammen mit seinem italienischen Kollegen Malfatti ein Protokoll über die Errichtung eines chinesischen Generalkonsulats in Mailand und eines italienischen Generalkonsulats in Shanghai (XNA, 7.11.79).

Die Chinesen nahmen auch ein Angebot der staatlichen INI (Nationale Hydro-Carbonats-Kooperation) für die Erdölsuche im Festland und im Offshore-Bereich der VR China an (Radio Rom in SWB, 9.11.79).

Einer der Begleiter Hua Guofengs, das Politbüromitglied Yu Qiuli, besuchte am 4. November die Fiatwerke in Turin, wobei beide Seiten ein Interesse an einer Zusammenarbeit bekundeten (XNA, 6.11.79). Am gleichen Tag traf Hua Guofeng mit italienischen Industriellen zusammen (XNA, 6.11.79).

Am 5. November lud Hua Guofeng den italienischen Präsidenten Pertini zu einem Besuch in China ein (XNA, 6.11.79).

Hua Guofeng versäumte auch nicht, die militärstrategische Bedeutung Italiens aus chinesischer Sicht zu betonen (XNA, 4.11.79).

Am 5. November traf Hua mit dem Generaldirektor der FAO, die in Rom ihren Sitz hat, zusammen (XNA, 6.11.79).

Eine Visite im Vatikan kam für die Chinesen nicht infrage, da der Heilige Stuhl nach wie vor offizielle Beziehungen mit Taiwan unterhält. Dafür besuchte Außenminister Huang Hua den Zwergstaat San Marino. Er betonte, daß alle Staaten "gleich" seien, ohne Rücksicht auf ihre Größe (XNA, 5.11.79). China und San Marino sind m.a.W. gleichberechtigte Partner (sic!).

-we-

(5) Kontakte zwischen der KP Italien und der KPCh?

Bei dem Besuch Hua Guofengs in Italien Anfang November war der chinesische Ministerpräsident und Parteichef anlässlich eines Empfangs des italienischen Premierministers auch mit Enrico Berlinguer, dem Chef der KPI, zusammengetroffen, wobei sich allerdings nur einer der partyüblichen Smalltalks ergeben haben dürfte.

Möglicherweise war dies der Anlaß für die KPI, der KPCh einen Vorschlag zur Zusammenarbeit zu unterbreiten - besser: die gegenseitigen Beziehungen zu normalisieren. Der italienische Vorschlag zur Wiederaufnahme normaler Parteibeziehungen soll (laut SZ, 28.11.79) drei Bedingungen enthalten haben, nämlich

- die gegenseitigen Beziehungen dürften sich gegen keine dritte KP richten (gemeint ist hier offensichtlich die KPdSU)
- der KPI müsse es weiterhin erlaubt sein, an der Staats- und Parteipolitik der KPCh Kritik zu üben
- drittens möge die KPCh den ersten Schritt tun und eine Parteidelegation nach Rom entsenden.

Angeblich haben sich die Chinesen mit den ersten beiden Bedingungen einverstanden erklärt und - anstatt auf den dritten Punkt einzugehen - ihrerseits KPI Chef Berlinguer nach Peking eingeladen.

Letztlich wird eine Annäherung beider Parteien von der Position der KPI gegenüber Moskau abhängen.

Daß die KPCh den Eurokommunisten gegenüber nicht grundsätzlich abgeneigt ist, zeigt der hochrangige Empfang, den ein prominenter eurokommunistischer tschechischer Dissident, Jiri Pelikan, in Peking Ende November erhalten hat. Peking mißt Dissidenten aus anderen Ländern mit anderen Maßstäben als seine eigenen Abweichler.

-we-

(6) Österreichische Waffen für China?

Im Frühjahr 1979 hatten die Chinesen bei den österreichischen Steyr-Werken ihr Interesse an 300.000 Sturmgewehren angemeldet, die nur 3 kg schwer sind, mit Wasser anstelle von Öl gereinigt werden können und überdies für die moderne Atommunition konzipiert sind.

Später hieß es, daß das österreichische Außenministerium aus Sorge um die österreichisch-sowjetischen Beziehungen dieses "Sturmgewehrgeschäft des Jahrhunderts" verhindert habe. Zumindest wurde bisher von Seiten der Steyr-Werke kein formeller Antrag für eine Exportlizenz gestellt.

-we-

SOWJETUNION UND OSTEUROPA

(7) Chinesisch-sowjetische Verhandlungen

Am 27. September begannen die sino-sowjetischen Verhandlungen in Moskau. Die chinesische Delegation unter der Leitung von Wang Youping war am 23. September in Moskau eingetroffen und hatte erklärt, es gehe der chinesischen Seite um eine Bereinigung der "prinzipiellen Differenzen....- auf der Grundlage der fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz".

Die Verhandlungen waren aufgrund eines Vorschlags der chinesischen Seite vom 3. April 1979 initiiert worden. Die Sowjetunion hatte sich mit Note vom 17. April zu Gesprächen bereit erklärt. Die Verhandlungen sollte der stellvertretende Außenminister L.F. Ilychew führen.

In vier "Vorbereitungstreffen", deren erstes am 27. September begann (XNA 29.9.79), wurde beschlossen, daß die Gespräche abwechselnd in den Hauptstädten der beiden Länder stattfinden sollten. Einigkeit wurde auch über technische und prozedurale Fragen erzielt. Die Grenzgespräche sollten Bestandteil der Verhandlungen sein. Man konnte sich jedoch nicht über die Agenda einigen.

Nach chinesischen Vorstellungen sollten die Gespräche nicht nur die Grenzfrage einbeziehen, sondern auch Themen wie die "Beseitigung von Hindernissen für die Normalisierung der beiderseitigen Beziehungen", Festlegung der Normen, die für diese Beziehungen maßgebend sein sollen, ferner die Entwicklung des Handels sowie des wissenschaftlichen, technischen und kulturellen Austausches auf der Basis der Gleichheit und des gegenseitigen Vorteils. Außerdem sollen Dokumente unterzeichnet werden, in denen die Ergebnisse der Verhandlungen festgehalten wer-

den. Die chinesische Seite stellt sich ferner auf den Standpunkt, daß Fragen, die von beiden Seiten gestellt werden, in die Agenda aufzunehmen seien (XNA 8.10.79).

Wegen der Uneinigkeit konnten die eigentlichen Vollsitzungen erst am 17. Oktober beginnen. Die erste Vollsitzung fand am 17. Oktober (XNA 18.10.79), die zweite am 25. Oktober (XNA 26.10.79), die dritte am 2. November (XNA 3.11.79) und die vierte am 12. November (XNA 13.11.79) statt.

Die Xinhua Kommentare waren karg und ließen über die Ergebnisse nichts verlauten. Da bei der dritten Sitzung allerdings die gleichen Anliegen wie bei der ersten Sitzung zitiert werden, ist anzunehmen, daß kein Fortschritt erzielt wurde. Tan Zhenlin, der stellvertretende Vorsitzende des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses kommentierte gegenüber einem japanischen Journalisten, daß die Gespräche trotz ihrer "Schwierigkeit" nützlich seien, da sie auf dem Gebiet des beiderseitigen Handels Fortschritte gebracht hätten (SWB 25.10.79).

Tanjung will Mitte November erfahren haben, daß die "Moskaurunde" beendet und demnächst in Peking fortgesetzt werden soll. Beide Verhandlungspartner hätten etwas klarere Vorstellungen über die Ansichten, Einschätzungen und Absichten der anderen Seite bekommen. Die bisherigen Gespräche seien teilweise in polemischer Form verlaufen und hätten fundamentale Unterschiede gezeitigt. Während die Sowjetunion einen Entwurf über die Prinzipien der bilateralen Beziehungen vorgelegt habe, habe China einen Sieben-Punkte-Katalog über die "Beseitigung von Hindernissen" überreicht, der u.a. den Rückzug der sowjetischen Truppen aus der Mongolei, eine Diskussion über "umstrittene Territorien", den Rückzug der Truppen beiderseits der gemeinsamen Grenzen und eine Beendigung der sowjetischen Unterstützung für die vietnamesischen "Anti-China-Aktivitäten" enthält (SWB 17.11.79).

Am 22. November fand die V. Vollsitzung der sino-sowjetischen Verhandlungen in Moskau statt (XNA, 23.11.79). Ergebnisse wurden nicht bekannt gegeben.

Fast unbemerkt vollzieht sich eine ständige Ausweitung des Handels zwischen beiden Staaten. Nachdem im Jahre 1977 nur ein Handelsaustausch in Höhe von 249 Millionen Rubel stattgefunden hatte, war das Volumen im Jahre 1978 bereits auf 338 Millionen Rubel angestiegen, hatte sich also fast der 1 Milliarde DM-Grenze genähert. In diesem Zusammenhang meldet die japanische Nachrichtenagentur Kyodo (in SWB, 4.12.79), daß Peking auch einen Kaufvertrag für die Einfuhr von 900 PKWs vom Typ Wolga unterzeichnet habe und daß die erste Teillieferung von 50 Wagen bereits ausgeführt worden sei. Zuletzt hatte China sowjetische Autos in größerer Zahl im Jahre 1969 importiert. China habe sogar das sowjetische Angebot auf Entsendung von Reparaturpersonal angenommen.

Der gute Wille scheint beiderseits vorhanden, doch erweisen sich die Hindernisse zumindest vorerst als unüberwindbar. Der Bericht eines jugoslawischen Journalisten über den Verhandlungsstand mag hierfür Hinweise geben: Als die Gesprächsrunde begann, hatte der sowjetische Unterhändler einen Entwurf mit einer gemeinsamen Erklärung vorgelegt, der die Prinzipien der friedlichen Koexistenz als Basis für künftige Beziehungen vorschlug. Die Sowjetunion habe damit offensichtlich den alten Freundschafts- und Zusammenarbeitsvertrag durch ein neues Verhältnis ersetzen wollen. Die Chinesen seien zwar grundsätzlich bereit gewesen, eine solche Koexistenzdeklaration zu unterzeichnen, hätten allerdings vor die Unterzeichnung drei Bedingungen gesetzt, nämlich:

- Rückzug des sowjetischen Militärs aus der Mongolischen Volksrepublik
- Verminderung der sowjetischen Truppenkonzentration entlang der chinesischen Grenze und
- Ende der sowjetischen Unterstützung für Vietnam.

Alle drei Vorbedingungen seien für die Sowjetunion unannehmbar gewesen (berichtet in CSM, 26.11.79).

-we-

(8) Sowjet-Spion in Nordostchina gefaßt

In einem Artikel in der Volkszeitung vom 19. November 1979 über die Arbeit der chinesischen Sicherheitsorgane und der Polizei wurde u.a. berichtet, daß am 3. Juli d.J. ein Sowjet-Spion in der Provinz Heilongjiang verhaftet worden sei. Der Mann habe zunächst versucht, mit Hilfe eines gefälschten "Einführungsschreibens" die beiden Polizisten, die auf ihn aufmerksam geworden waren, zu täuschen. Als dies nicht gelang, habe er versucht, sich mit Waffengewalt seiner Verhaftung zu entziehen. Dabei habe er einen der beiden Polizisten mit einer Pistole tödlich verletzt. Dem zweiten chinesischen Sicherheitsbeamten sei es jedoch gelungen, den vom sowjetischen KGB ausgebildeten Spion festzunehmen.

-sch-

(9) Optimale Beziehungen auch zu Jugoslawien

Seit dem Einmarsch sowjetischer Truppen in Prag (August 1968) und den sino-sowjetischen Grenzgefechten am Ussuri (1969) haben sich die chinesisch-jugoslawischen Beziehungen, die jahrelang auf dem Tiefpunkt gestanden hatten, laufend verbessert. Bereits Anfang 1977 besuchte der ehemalige Ministerpräsident Bijedic die Volksrepublik China. Im August 1977 kam Tito persönlich nach Peking. Seit dieser Zeit vervierfachte sich der beiderseitige Warenaustausch. Tito sprach am Ende seines Besuches auch von einer Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden KPs. Am 18.7.1978 kam es dann auch zur

Aufnahme offizieller jugoslawisch-chinesischer Parteikontakte, nachdem die chinesische Seite vorher schon starkes Interesse für das jugoslawische System bekundet hatte.

Im August 1978 besuchte der chinesische Regierungs- und Parteichef Hua Guofeng auf einer Reise, die ihn u.a. nach Rumänien und dem Iran führte, auch Jugoslawien. U.a. reiste Hua nach Mazedonien und nahm damit zugunsten der Grenzoptionen Jugoslawiens Stellung. U.a. sagte Hua damals seinem jugoslawischen Gesprächspartner volle Unterstützung der Blockfreien-Bewegung zu. Das offizielle Jugoslawien schwieg zu den antisowjetischen Äußerungen Hua Guofengs - und verhielt sich damit letztlich affirmativ. Im September 1978 kamen eine chinesische Finanz- und eine Militärdelegation nach Jugoslawien und eine jugoslawische Militärdelegation nach China. Im Oktober wurde eine Ausstellung über Kultur und Kunst des sozialistischen Jugoslawien in Peking eröffnet (XNA 11.10.79). Am 18. November kam eine Delegation des jugoslawischen ZK unter Milka Planinc nach China und wurde u.a. von Hua Guofeng empfangen (XNA 18.11.79).

Neben diesen wohlfunktionierenden Beziehungen auf Partei/Partei- und Volk/Volk-Ebene wurden auch die Staat/Staat-Beziehungen im November 1979 noch dadurch unterstrichen, daß Außenminister Huang Hua nach Belgrad kam.

-we-

(9a) Rumänien über Alles!

Mehrere Tage lang, vom 22.-25. Oktober, wurde der 35. Jahrestag der rumänischen Armee in Peking gefeiert (XNA 23. und 26.10.) Herzlichste Grüße von Seiten Chinas ergingen anlässlich des 12. Nationalkongresses der rumänischen KP (XNA 19.11.79). Der sozialistische Charakter Rumäniens wird dabei ausdrücklich hervorgehoben, gleichzeitig aber auch der "entschiedene Widerstand gegen die Machtpolitik des Imperialismus". Großartig findet man in Peking den langfristigen Plan bis 1990. Als besonderes Kompliment gegenüber der rumänischen Parteiführung ist die Übersetzung der "Ausgewählten Werke von Nicolai Ceausescu" gedacht, deren erster Band auf Chinesisch bereits Ende 1979 herauskommt. Insgesamt soll die Übersetzung auf drei Bände anwachsen (XNA 20.11.79). Am 19. November begann in Peking eine rumänische Photoausstellung (XNA 25.11.79). China versäumte es auch nicht, das 8. Internationale "George Enescu" Festival für Musik ausführend zu würdigen und u.a. den Pianisten Xie Daqun dorthin zu senden (XNA 1.10.79). Prunkvoll gefeiert wurde beiderseits auch der Jahrestag des dreißigjährigen Bestehens der bilateralen diplomatischen Beziehungen (XNA 6.10.79). Am 7. November kam es zur Unterzeichnung eines Abkommens zwischen den Sozialakademien beider Länder über eine beiderseitige Zusammenarbeit (XNA 8.11.79). Am 12. November schließlich kam der chinesische Außenminister

Huang Hua zu einem Besuch nach Bukarest und wurde dort von Ceausescu höchstpersönlich empfangen (XNA 13.11.79).

-we-

kanal kontrolliert werden.

4) Standort des sowjetischen KGB für Aufklärungsoperationen in ganz Lateinamerika.

-we-

NORDAMERIKA

(10) Amerikanische Feldforschungen in China

Wissenschaftler der Zhongshan-Universität in Kanton und der University of California aus Los Angeles haben Anfang Dezember ein gemeinsames Drei-Monatsprojekt für die Erforschung der Auswanderungsgeschichte verschiedener Familien begonnen, die heute in den USA leben. Untersucht werden sollen die Motive für die Auswanderung vor 1949, aber auch die Rückwirkungen, welche diese Emigranten auf ihre Angehörigen ausüben. Territoriales Forschungsobjekt ist der Kreis Taishan in der Provinz Guangdong (XNA, 2.12.79).

Dieses Projekt ist möglicherweise ein Pilotunternehmen, das weitere ähnliche wissenschaftliche kooperative Aktivitäten zur Folge hat.

-we-

LATEINAMERIKA

(11) Zur Rolle Kubas

Im Zusammenhang mit der Diskussion um die Anwesenheit sowjetischer Truppen auf Kuba haben sich auch die chinesischen Attacken gegen Havanna wieder verstärkt.

Es war zunächst bemerkenswert, daß Xinhua (XNA, 3., 4., 8., 10., 16. und 21. Oktober 1979) die amerikanischen Meinungsäußerungen in affirmativer Weise nachdruckte.

Näher auf die Rolle Kubas im sowjetischen Konzept eingehend, identifiziert Xinhua (XNA, 10.10.79) eine vierfache Rolle des karibischen Staates:

1) "Trojanisches Pferd" für die Sowjetunion in der Blockfreien-Bewegung.

2) Lieferant Tausender von Söldnern, die im Dienste der Sowjetunion in Afrika und anderen Teilen der Welt eingesetzt werden.

3) Militärbasis, von der aus sowjetische Aufklärungsflugzeuge und schiffe starten und wo auch Unterseeboote festmachen sowie Kampfflugzeuge landen können. Von hier aus können nicht nur die ganze Karibik, sondern auch der Panama-

AFRIKA UND NAHOST

(12) Die drei Prinzipien Chinas für Mittelost

Anlässlich des Besuches einer PLO-Delegation unter Leitung des Präsidenten des Palästinensischen Nationalrates, Khaled Fahum, vom 18.-21. November bestätigte Hua Guofeng erneut Chinas drei Prinzipien für eine Lösung der Mittelostfrage:

1) Das palästinensische Volk muß seine nationalen Rechte, einschließlich des Rechts zur Rückkehr in seine Heimat, der Ausübung der Selbstbestimmung und des Aufbaus eines palästinensischen Staates, verwirklichen.

2) Die Völker der arabischen Länder müssen ihre verlorenen Territorien zurückerlangen.

3) Die Mittelostfrage muß allseitig und gerecht gelöst werden. -we-

(13) Iran

Die chinesische Führung fühlt sich an die Rotgardistendiplomatie erinnert.

Es hätte nicht erst des Votums des chinesischen Vertreters im UN-Sicherheitsrat gegen die Geiselnahme in Teheran bedurft, um die kritische Haltung Pekings gegenüber der Besetzung der US Mission durch Anhänger des "Iranischen Revolutionsrates" zu offenbaren. Am 7. November (XNA 7.11.79) gab Xinhua zwar die Botschaftsbesetzung noch mit nüchternen Worten wieder, doch wird die Mißbilligung dann schon daraus ersichtlich, daß des langen und breiten über die Freilassung eines Teiles der Geiseln berichtet wird (XNA 18.11.79). Ohne ein Wort der Kritik wird auch über die amerikanische Gegenmaßnahme des Einfrierens iranischer Devisen berichtet (XNA 15.11.79). Am 24. November berichtet XNA über Khomeinis Drohung, die Geiseln zu töten, wenn die Amerikaner militärische Maßnahmen gegen den Iran trafen. Am 24. November zitiert Xinhua die Forderung mehrerer lateinamerikanischer Regierungen auf Freilassung der Geiseln, und einen Tag später wird die Rückkehr der dreizehn freigelassenen Geiseln geschildert.

Die Stellungnahme Pekings war damit klar.

Trotz der Mißbilligung der iranischen Maßnahmen versuchen die Chinesen aber, normale Beziehun-

gen zum Iran aufrecht zu erhalten. U.a. fand zwischen dem 12. und dem 14. November das vierte Treffen des gemischten Handelsausschusses der beiden Regierungen statt, auf dem die Pläne für den Handelsaustausch im Jahre 1980 festgelegt wurden (XNA 14.11.79).

Längere Zeit hindurch hatte Peking eine entschiedene Pro-Schah Politik betrieben. U.a. hatte Hua Guofeng im August 1978 dem Monarchen auch noch einen Besuch abgestattet - dies also zu einer Zeit, da die großen Protestwellen gegen den Herrscher bereits stürmische Ausmaße angenommen hatten.

-we-

ASIEN

(14) Birma und der Indochina-konflikt

Vom 22. bis 25. Oktober 1979 stattete der Präsident und Vorsitzende des Staatsrats von Birma, U Ne Win dem Nachbarstaat Laos einen Besuch ab, der die Erwidern einer entsprechenden laotischen Visite in Birma von Anfang 1977 war. Über den Inhalt der Gespräche wurde nur wenig bekannt. Man beschloß allerdings, in Zukunft auf bilateraler Ebene stärker zusammenzuarbeiten. Einzelheiten dazu fehlten im Kommuniqué (KPL in SWB, 25. und 30. Oktober 1979). Es fällt jedoch auf, daß, ganz im Gegensatz zu den chinafeindlichen Äußerungen des offiziellen Laos, die sonst an der Tagesordnung sind, diesmal kein Wort gegen Peking gefallen ist. Möglicherweise hat Ne Win versucht, hier ausgleichend zu wirken.

Ganz anders der Sender "Stimme des Volkes von Birma", der von der kommunistischen Weißen Flagge betrieben wird. Hier hat sich die chinesische Sprachregelung zur Indochinafrage voll durchgesetzt. Themen sind der vietnamesische "Expansionismus" und seine doppelzüngige Politik gegenüber der ASEAN (SWB, 30.7.79), die Anwesenheit von rund 50.000 - 60.000 Okkupations-soldaten in Laos, die die laotischen Streitkräfte bei weitem überträfen, und die "Unterdrückung" Laos' auf der Basis des Freundschaftsvertrags vom Juli 1977 (SWB, 17.8.78), der "gerechte Kampf des kampucheanischen Volkes gegen den vietnamesischen Plan einer 'Indochinesischen Föderation' sowie die "Versklavung" (SWB, 9.8.79. Zumindest bis Mitte September war auch der Partisanensender "Stimme des Volkes von Birma" - ganz im Gegensatz zum Schwester-sender der thailändischen KP - noch in Betrieb. Noch Ende August wurde über erfolgreiche Attacken der Guerillas und über abgeschlagene Gegenangriffe der Regierungs-"Söldner" berichtet. Der Sender berichtet nicht nur von Kampfhandlungen der eigenen "Volksarmee", sondern auch von Guerilleros der Shan State Nationalities Liberation Organisation. Getadelt wird

auch ein Verräter, nämlich ein Einheitskommandant der New Mon State Party, der sich der Regierung gestellt habe (SWB, 10.9.79).

-we-

(15) Abschiebung von einer Million Auslandschinesen aus Indonesien?

Nach Angaben des stellvertretenden Vorsitzenden des Außen- und Verteidigungsausschusses im indonesischen Parlament, Igde Jaksa, sollen eine Million Auslandschinesen mit Pekingpass, die in Indonesien leben, in ihre Heimat abgeschoben werden. Der Entscheid sei vom Chef des Geheimdienstes, Oberstleutnant Yoga Sugama, am 29.11.79 auf einer Ausschusssitzung bekanntgegeben worden.

Laut Jaksa plant die Regierung die Einrichtung von Sammellagern, in denen die Chinesen bis zu ihrer Ausweisung untergebracht werden sollen. Zur Zeit würden alle Inhaber eines in Peking ausgestellten Passes von den indonesischen Behörden erfaßt, wobei Zahl, Personenstand und Arbeitsverhältnis festgestellt werden sollen. Mit dem Abschluß des Ermittlungsverfahrens sei spätestens 1984, also vor Ablauf des geltenden Fünf-Jahresplans, zu rechnen (NZZ, 27.11.79).

Der Anteil der rund 3,5 Millionen Auslandschinesen an der indonesischen Bevölkerung von rund 130 Millionen ist zwar quantitativ klein, wiegt aber wirtschaftlich schwer. Vor allem sind die Auslandschinesen Inhaber kleinerer Geschäfte in den Städten und Besitzer des größten Teils jener "Privatvermögen", die Jahr für Jahr illegal aus der Republik hinausgeschleust werden.

Bereits 1955 war zwischen Peking und Djakarta ein Abkommen zur Aufhebung der Doppelstaatsangehörigkeit getroffen worden. In Zukunft sollte es nur noch Auslandschinesen mit Pekingpass oder mit Indonesienpass geben. Auch sollten alle Diskriminierungen gegen die Huaqiao eingestellt werden. In der Praxis kam es dann aber doch immer wieder zu Verfolgungen gegen die ungeliebten geschäftstüchtigen Mitbürger, die im Zusammenhang mit den Septemberereignissen von 1965 einen einsamen Höhepunkt erreichten. Hat das böse Beispiel von Hanoi ermunternd auf Indonesien gewirkt oder handelt es sich hier um eine falsche Information? Wer soll die eine Million Menschen aufnehmen: Die VR China? Hongkong? Oder die ganze Welt? Wird diese "Lösungs"-Methode künftig auch noch von anderen Ländern Südostasiens angewandt, die ja ebenfalls hohe Huaqiao-Anteile in ihrer Bevölkerung aufweisen? Düstere Fragen werden hier aufgeworfen.

-we-

(16) Wie viele Indochinaflüchtlinge hat China aufgenommen?

Die japanische Agentur Kyodo will von UNHCR-Beamten erfahren haben, daß China bisher 252.000 Flüchtlinge aus Indochina aufgenommen habe, darunter 10.000 kambodschanische Flüchtlinge aus Thailand. 11.000 vietnamesische Flüchtlinge sollten in Zukunft in der Provinz Liaoning das Fischereigewerbe ausüben, 10.000 kambodschanische Flüchtlinge sollten sich auf der Insel Hainan niederlassen. Als Anerkennung dafür habe China 8.400.000 Dollar von der UNO erhalten. China habe den UNHCR-Hilfsbedingungen zugestimmt und versprochen, daß es die Flüchtlinge nicht mit Militärdienst zwingen, daß es ihnen die Möglichkeit zur freien Niederlassung gewähre und daß es Familien nicht auseinanderreiße (SWB 19.11.79).

-we-

(17) Die Auseinandersetzungen um Kampuchea

a) Mit dem Einsetzen der Trockenzeit kam es zu neuen vietnamesischen Angriffen auf Stellungen der Pol-Pot-Truppen. Peking sah hierbei eine enge Zusammenarbeit von kampucheanischen Heng Samrin- und vietnamesischen Truppen. Bereits im September sei Heng Samrin zusammen mit dem vietnamesischen Premier, Pham Van Dong, nach Moskau gereist und habe sich dabei sowjetischen Nachschub versprechen lassen. Die sowjetische Hilfe sei inzwischen von 2 Mio. US\$ pro Tag auf 4 Mio. US\$ gestiegen. Die vietnamesischen Truppen in Kampuchea beständen nunmehr aus 23 Divisionen und 12 unabhängigen Korps der öffentlichen Sicherheit, zusammen also aus 200.000 Mann. Außerdem habe Vietnam die laotischen Behörden veranlaßt, ebenfalls Truppen nach Kampuchea zu senden. Ständig strömten in das Land sowjetische Tanks, Flugzeuge, Artillerie und anderes Material ein. Mitte September habe der Chef des vietnamesischen Generalstabs, Van Tien Dung, die kampucheanisch-thailändische Grenze besucht, um sich dort einen Überblick für die Planung der Trockenzeit-Offensive zu verschaffen. Die vietnamesischen Angriffe hätten bereits im August und September begonnen; neun vietnamesische Delegationen lägen nahe der thailändisch-kampucheanischen Grenze. Zusätzlich seien 20.000 Soldaten von der Heng-Samrin-Seite zur Verfügung gestellt worden, die unter der Leitung von sowjetischen Militärberatern stünden. Doch die "Kampucheanische Revolutionsarmee" (gemeint sind die Pol-Pot-Truppen) sähe nicht untätig zu, sondern hätte bereits während der Regenzeit rund 10.000 vietnamesische Soldaten ausgeschaltet und sogar eine Reihe von Sowjetberatern getötet (Radio Peking in SWB 3.11.79).

Besonders stark scheint der Pol-Pot-Widerstand im Nordwesten des Landes zu sein. Das Cardamom-Gebirge im Südwesten hat dagegen anscheinend an Bedeutung verloren. Vietnam war gezwungen,

allein in der nordöstlichen Provinz Rattanakiri vier Divisionen einzusetzen. Die chinesische Propaganda erhebt schwere Vorwürfe gegen die vietnamesischen Truppen. U.a. hätten sie Gas und andere chemische Mittel eingesetzt und dadurch "auf barbarische Weise" die Genfer Konventionen verletzt (XNA, 8.11.79). Dieser Vorwurf wurde von Radio Hanoi (VNA, 8.11. in SWB 10.11.79) zurückgewiesen, ebenso von SPK, der Agentur Phnom Penh (SWB 19.11.79). China wirft den Vietnamesen ferner vor, sie seien am Hungertod von 500.000 Kambodschanern in den letzten elf Monaten schuld (XNA 19.11.79), sie hätten Tausende von Sämaschinen, Kränen, Bulldozern sowie 10.000 t Stahl, 10.000 t Reis und über 8.000 t Rohgummi aus Kampuchea weggeschafft (XNA 5. und 14.11.79). Auch hätten sie ganze Dörfer niedergebrannt (XNA 5.11.79).

b) Die UNO und Kampuchea

Drei im Zusammenhang mit Kampuchea brennende Fragen standen in den letzten Wochen vor der UNO zur Diskussion: die Frage der Anerkennung, die Frage der Präsenz ausländischer Truppen auf kampucheanischem Gebiet und die Frage der Hungershilfe.

aa) Bereits am 21. September hatte die UNO-Vollversammlung mit einer Mehrheit von 71:35 beschlossen, den Vertreter des Pol-Pot-Regimes, also des Demokratischen Kampuchea, als rechtmäßigen Vertreter Kampuchreas bei der gegenwärtigen Vollversammlung anzuerkennen. Die UNO hatte damit die Präzedenzentscheidung der sechsten Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs der Blockfreien Staaten vom September 1979 bestätigt. Man wollte, wie u.a. der Vertreter Singapurs betonte, "keinem Nachbarland die Berechtigung geben, in die inneren Angelegenheiten eines Landes einzugreifen, seine Regierung zu stürzen oder ihm eine Regierung aufzuzwingen".

bb) Am 14. November 1979 beschloß die Plenarsitzung der UNO-Vollversammlung mit 91:21 Stimmen bei 29 Enthaltungen, daß sämtliche ausländischen Truppen aus Kampuchea abgezogen werden müßten. Die Resolution war von den fünf ASEAN-Staaten und weiteren 25 Ländern eingebracht worden, und zwar mit der Begründung, daß der bewaffnete Konflikt in Kampuchea eskaliere und daß der Frieden und die Stabilität in Südostasien ernstlich bedroht seien. Die Sowjetunion und Vietnam hatten zunächst versucht, die Kampuchea-Frage aus den UNO-Diskussionen herauszuhalten und dann einen Resolutionsentwurf zur Lage in Kampuchea eingebracht, der den Antrag der ASEAN-Staaten zu Fall bringen sollte. Der Vertreter des Senegal verlangte demgegenüber, den vietnamesischen Resolutionsantrag zurückzuweisen und nur über den ASEAN-Vorschlag abzustimmen. Einer der Hauptbefürworter des Senegal-Antrags war der Vertreter Chinas, Chen Chu,

der den "großangelegten Aggressionskrieg Vietnams gegen Kampuchea als Kolonialkrieg" bezeichnete, "in dem der Stärkere den Schwächeren tyrannisiert, um sich eine schwache Nation zu unterwerfen" (BRu 1979/47/23). Es muß hier allerdings betont werden, daß in dem UNO-Beschluß Vietnam nicht ausdrücklich beim Namen genannt wurde. Es wurde lediglich der "sofortige Abzug aller ausländischen Truppen aus Kampuchea und die strikte Beachtung von Souveränität, territorialer Integrität und der Unabhängigkeit Kampuchreas" befürwortet. Auch die Internationale Kampuchea-Solidaritätskonferenz, die am 17. und 18. November in Stockholm stattfand, sprach sich "für den Kampf des kampucheanischen Volkes für nationale Unabhängigkeit und gegen die vietnamesische Aggression" aus. Jan Myrdal bezeichnete Kampuchea als "Opfer der vietnamesischen Aggression".

Am 21. September 1979 beschloß die UNO-Vollversammlung, daß die Vertreter des Demokratischen Kampuchea ihren Sitz in der UNO weiterhin behalten solle.

cc) Hungerhilfe

Am 5. November fand eine von der UNO veranstaltete Konferenz für humanitäre Nothilfe zugunsten des kambodschanischen Volkes statt, bei der die Vertreter einzelner Staaten sich zu Hilfsleistungen verpflichteten, so u.a. die EG zu 50 Mio. Dollar, die USA zu 79 Millionen, die Kanadier zu 15 Millionen und so fort.

Auch die Verbündeten des Heng-Samrin-Regimes leisteten Hilfe. Bis Anfang November sollen sozialistische Länder nach Kampuchea Nahrungsmittel in Höhe von zusammen 391.500 t gesandt haben. Vietnam allein habe 21.000 t Nahrungsmittel und 10.000 t. Naßreis-Saatgut sowie große Mengen von Medikamenten und Landwirtschaftsgeräten geliefert (VNA 6.11.79 in SWB 14.11.79). Ein weiterer VNA-Bericht fügt hinzu, daß diese Hilfe in Erfüllung des vietnamesisch-kampucheanischen Vertrages über Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit erfolgt sei (VNA 4.11.79 in SWB 5.11.79).

Am 4.11. gab das Außenministerium in Phnom Penh eine Erklärung zu der geplanten Hungerhilfe für Kambodscha heraus, die fünf Punkte umfaßte:

- Die VRK heiße jede Hungerhilfe willkommen. Bisher habe sie über 200.000 t Nahrungsmittel von der Sowjetunion, Vietnam und anderen sozialistischen Ländern und rund 2.000 t vom IRC (Internationales Rotes Kreuz), UNICEF, OXFAM und anderen Organisationen erhalten.

- Diese Hilfe habe zusammen mit den Eigenbemühungen (570.000 ha Reis würden in den nächsten zwei Monaten abgeerntet und weitere 200.000 ha seien in Angriff genommen worden) die unmittelbare Hungersnot beseitigt.

- Die VRK wende sich entschieden gegen jede Lieferung, die unter dem Deckmantel "humanitäre Hilfe" der Pol Pot-Ieng Sary-Clique sowie den

Sereika-Gangs zugänglich gemacht werde.

- Der Transport der Hilfsgüter wird von den Behörden in Phnom Penh in Zusammenarbeit mit der Regierung der SR Vietnam übernommen. Man habe bereits Praxis in der Beförderung vom Hafen Kompong Son (dem früheren Sihanoukville), von Pochentong (Flughafen von Phnom Penh) und auf anderen Zuwegen. Die VRK und die SRV seien übereingekommen, den Mekong für Hilfsschiffe nach Phnom Penh freizugeben. Die VRK sei durchaus in der Lage, jedes Volumen an ausländischer humanitärer Hilfe aufzunehmen und weiterzuverteilen. Da Phnom Penh im Herzen Kampuchreas liege, könnten die Güter strahlenförmig verteilt werden, sogar bis in die Gebiete nahe der thailändischen Grenze.

- Die VRK wolle aus humanitären Erwägungen die Anerkennung der Regierung der VRK nicht zur Voraussetzung für die Annahme und Weiterleitung der internationalen Hilfe machen. Sie verlange allerdings, daß die Grundsätze des Respekts vor der Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten Kampuchreas beachtet würden (Agentur SPK in französisch 4.11.79 in SWB 6.11.79).

Gleichzeitig lehnten Phnom Penh und Hanoi gemeinsam das amerikanische Ansinnen ab, den Transport von Hilfsgütern auf den Straßen Nr. 5 und 6 zuzulassen. Unter dem Deckmantel "humanitärer Hilfe" würde Washington in Zusammenarbeit mit den "Reaktionären in Peking" nur versuchen, die Überreste der Pol-Pot-Truppen zu unterstützen (VNA in SWB 3.11.79).

In den ersten Novembertagen brachte Phnom Penh mehrere Berichte über die Verteilungspolitik des "Ministeriums für Gesundheitswesen" und des "Roten Kreuzes von Kampuchea" auf (SPK in SWB 10.11.79).

Die "Stimme des Demokratischen Kampuchea", also der Pol-Pot-Sender, behauptete jedoch, daß Vietnam die Lieferungen aus dem World Food Programme "plündere" (SWB 14.11.79). Schon im Hafen Kompong Son stießen ausländische Schiffe bei der Ablieferung ihrer Ladung auf die verschiedensten bürokratischen Einwendungen (SWB 10.11.79). Trotz dieser Bedenken stimmte UN-Generalsekretär Kurt Waldheim dem Verteilungsmonopol Phnom Penhs zu (SWB 14.11.79).

Die Behörden in Phnom Penh stellten die Behauptung auf, daß es in Kampuchea "nicht eine Hungersnot, sondern nur einen Mangel an Nahrungsmitteln" gebe (VNA in SWB 13.11.79). Nhan Dan bezeichnet die Horrorgeschichten über eine "Hungersnot" in Kampuchea als "schmierige Kampagne", die von den Pekinger Expansionisten in Zusammenarbeit mit den USA aufgetischt würden (SWB, 2.10.79).

Die Verteilungsfrage entwickelte sich zu einem heißen Eisen. Die "Stimme des Demokratischen Kampuchea" zählt die Einzelfälle auf, die zeigen

sollen, daß Vietnam die Hilfslieferungen systematisch blockiere.

Phnom Penh hielt dem entgegen, daß - wenn die Hilfe einmal nicht schnell genug ankomme - daran letztlich die Pol-Pot-Truppen schuld seien, die vor allem entlang der Route 4, die den Hafen Kompong Son mit Phnom Penh verbindet, zahlreiche Brücken gesprengt und mehrere Straßenteile vermint hätten (Radio Phnom Penh in SWB 3.11.79).

Radio Phnom Penh warf westlichen Stellen vor, daß Teillieferungen des World Food Programme, die nahe Aranyaprathet (an der thailändisch-kampucheanischen Grenze) verteilt wurden, direkt an die Pol-Pot-Truppen gingen (SWB 15.10.79). Einige Hilfsorganisationen seien sogar illegal zu diesem Zweck auf kampucheanisches Territorium von Thailand aus eingedrungen (SWB 22.10.79). Nicht nur Nahrungsmittel, sondern auch Waffen seien für die Pol-Pot-Truppen eingeschmuggelt worden. Anfang Oktober waren mehrere amerikanische Flugzeuge in Bangkok gelandet, die Haubitzen, Maschinengewehre und andere militärische Ausrüstungsgegenstände mitführten - offiziell für die Thai-Armee (gemeldet von XNA 4.10.79). Bei der Bangkok-Konferenz vom 18.10.79, an der achtzehn Länder teilnahmen, um die Hilfsmaßnahmen für Kambodscha zu koordinieren, hatte Thailand beschlossen, seine bisherige Politik der Zurückweisung von kambodschanischen Flüchtlingen zu beenden und unter der Leitung von Luftmarschall Sitthi Sawetsila einen Ausschuß zu gründen, der direkt dem Amt des Ministerpräsidenten untersteht und der zunächst einmal verschiedene kleine Flüchtlingszentren und am Ende ein Großzentrum im Sa Kheo-Distrikt aufziehen soll (Radio Bangkok in SWB 23.10.79). Von Seiten Phnom Penhs und Hanoi wurde mehrere Male der Verdacht geäußert, daß Thailand möglicherweise die Gelegenheit wahrnehme, die neu angesiedelten Flüchtlinge zum Kampf gegen Phnom Penh auszubilden. Solche Elemente könnten ebenfalls für die "Hilfe" maßgebend werden !

c) Rettung von einer "Dritten Kraft" ?

Am 6. September 1979 gab die Pol-Pot-Regierung ihren "neuen politischen Programmentwurf" bekannt, der die Ziele auf politischem, militärischem, wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem sowie außenpolitischem Gebiet festlegte und zu einer Vereinten Front aller gegen Vietnam gerichteten Kräfte aufrief (der Entwurf ist abgedruckt in BRu 1979/37, S.20 ff.). Der Aufruf scheint eher das Gegenteil ausgelöst zu haben, nämlich die Bildung einer Reihe von selbständigen Kräften der "Dritten Front", die sich weder mit einem vietnamesischen Zugriff noch mit einer Pol-Pot-Führung abfinden wollten. Es entstanden so verschiedene Kräfte wie die "Nationale Front von Kambodscha", "Die Konföderation der Nationalen Khmong" (gegründet von Sihanouk in Pyongyang), die "Nationale Befreiungsfront des Khmer-Volkes" (unter Son San), die "Freie Khmer-Bewegung" (Khmer Serei) usw. Unter den "Freien Khmer" wiederum lassen

sich z.Zt. vier Gruppierungen identifizieren, nämlich erstens die Mouvement National de Libération du Cambodge (MNLC) unter Führung von Van Shren, die angeblich aus 8.000 Bewaffneten und 20.000 Sympathisanten besteht. Die zweite Gruppe wird von General In Tam angeführt. Die dritte Gruppe unter Führung von Mun Sari besteht aus etwa 2.000 Kämpfern und ungefähr 30.000 Sympathisanten. Die vierte Gruppe schließlich unter Kuang Siouos hat nur etwa 500 Kämpfer zur Verfügung. Alle vier Gruppen wenden sich sowohl gegen Pol Pot als auch gegen die Heng-Samrin-Regierung in Phnom Penh als auch gegen das frühere Lon-Nol-Regime. Sie wollen sich früher oder später zu einer gemeinsamen Bewegung vereinigen. Vizepräsident der MNLC ist übrigens ein angeblicher Neffe Sihanouks, Prinz Norodom Soriyavon (Bangkok Post in SWB 8.10.78). Ein AFP-Reporter, Xavier Baron, der mit einer Khmer Serei-Einheit in Verbindung kam, berichtete, daß Soldaten mit chinesischen AK-17 und mit amerikanischen M-16 sowie M-79-Granaten ausgerüstet seien. Es handle sich hier meist um Beutewaffen. Offensichtlich gebe es keinen Waffenanschub.

Die Nationale Befreiungsfront des Khmer-Volkes hat das Ziel, gegen die vietnamesischen Truppen und gleichzeitig gegen die Pol-Pot-Truppen zu kämpfen. Sie wollen die Wiederherstellung der kambodschanischen Neutralität und Unabhängigkeit erreichen. Die Front erhofft sich baldige Hilfe von China und würde - wie ein Sprecher betonte - auch mit Prinz Sihanouk gern ein Bündnis eingehen (Kyodo 13.10.79 in SWB 15.10.79).

Sihanouk selbst hat Anfang Oktober die Bildung einer neutralen Nationalen Front bekanntgegeben, deren Ziel es sei, die Unabhängigkeit und Neutralität Kambodschas wiederherzustellen. In einem Brief an die japanische Rundfunkgesellschaft NHK teilt Sihanouk mit, daß sich 38 Politiker und Vertreter verschiedener Flüchtlingsgruppen zwischen dem 25. und dem 28. September in Pyongyang versammelt hätten, um eine Konferenz in Brüssel vorzubereiten. Der Front solle jedermann angehören, der nicht mit Pol Pot und Heng Samrin in politischer Verbindung stehe. Die Front wolle letztlich auch auf eine Zusammenarbeit mit Staaten wie der UdSSR und Vietnam hinaus.

Innenpolitisch soll eine friedliche Lösung herbeigeführt werden. Sihanouk entwickelte einen Stufenplan: Zuerst solle es unter der Aufsicht einer internationalen Armee zum Waffenstillstand in Kambodscha kommen. Sodann sollen sich die vietnamesischen Truppen von kambodschanischem Gebiet zurückziehen, und schließlich sollen freie Wahlen ausgeschrieben werden.

Der internationalen Streitmacht sollen Angehörige der beiden Hauptgegenspieler in Indochina - chinesische und vietnamesische Soldaten - nicht angehören. Die aus den freien Wahlen hervorgegangene Regierung werde dann eine Politik der Nichtanlehnung und der freund-

schaftlichen Beziehungen mit den Nachbarstaaten einleiten. Bei der Pyongyang-Konferenz wurde die UNO-Entscheidung verworfen, die Repräsentanten des Pol-Pot-Regimes als die eigentlich legitimen Vertreter des kambodschanischen Volkes bezeichnete. In Wirklichkeit handle es sich hier um einen "leeren Sitz" (Kyodo und AFP in SWB, 8.10.79).

Eine Lösung des Kambodscha-Problems müßte vor allem die drei Schlüsselkräfte zusammenbringen, nämlich China, Vietnam und die Sowjetunion. Sie sollten miteinander sprechen, statt miteinander bis zum letzten Kambodschaner zu kämpfen.

Sihanouk teilte dann noch mit, daß er an den vietnamesischen Premierminister Pham Van Dong in nächster Zeit nacheinander fünf Briefe schreiben wolle, um seinen guten Willen und seine Geduld zu manifestieren. Er, Sihanouk, müsse allerdings befürchten, daß diese Briefe in den nächsten zwei oder drei Monaten zurückgewiesen würden. Dann allerdings beginne unausweichlich die Phase des bewaffneten Kampfes. Er hoffe, eine "Konföderations-Armee" der Khmer-Nationalisten zusammenzubringen, die dann gemeinsam mit den kambodschanischen Flüchtlingen zum Kampf gegen Vietnam antreten. Dabei hoffe er auf die Mithilfe vor allem von Thailand und China (ebda.). Sihanouk ließ es sich nicht nehmen, auch an den Chinesen Kritik zu üben. Er stimme mit ihnen in Fragen der Weltpolitik überein mit Ausnahme von einem Punkt, nämlich die chinesische Kampuchea-Politik. China unterstütze Pol Pot politisch, militärisch und diplomatisch, und es arbeite damit einem Massenmörder in die Hände (AFP in SWB 6.11.79). Auf lange Sicht komme Peking aber nicht darum herum, die "Sihanouk-Karte" zu spielen. Früher oder später kämen die Khmers Rouges nicht um Sihanouk herum. Dann aber sei seine große Chance gekommen (SWB 7.11.79).

Wie angekündigt, schrieb Sihanouk an Pham Van Dong mehrere Briefe, in denen er die Legitimation des Heng Samrin-Regimes bestritt, über Kampuchea bindende Abmachungen zu treffen (SWB 10.10.79), 25.10.79 und 13.11.79). Soweit bekannt, wurden die beiden ersten Briefe von Pham Van Dong an Sihanouk zurückgeschickt (AFP in SWB 10.11.79).

Am 24. November reiste Sihanouk nach Paris. Wie hoch Peking seinen Rang nach wie vor einschätz, beweist die Tatsache, daß Vizepremier Ji Pengfei ihn zum Flughafen begleitete (XNA 25.11.79).

Die vietnamesische Regierung will von Sihanouk nichts mehr wissen. Der stellvertretende Außenminister Hanoi, Nguyen Co Thach, führte in einem Interview mit Radio Stockholm aus, daß Sihanouk auch dann, wenn er mit ausgestreckten Händen nach Phnom Penh käme, höchstens noch die Rolle eines gewöhnlichen Bürgers im Lande spielen könne (SWB 14.11.79).

Die Pol-Pot-Regierung läßt sich durch die ab-

weisende Haltung Sihanouks nicht beirren. Khieu Samphan sowie die Khmer-Rouge-Ministerin für soziale Angelegenheiten Ieng Thirith, die Ehefrau Ieng Sarys, gaben bei einer Pressekonferenz in Genf am 21. November bekannt, daß sie an Sihanouk bereits zwei Briefe mit dem Angebot geschickt hätten, er solle Präsident der Republik werden und eine Regierung nach eigenen Wünschen zusammenstellen. Man habe bisher allerdings noch keine Antwort bekommen. Die Regierung des "Demokratischen Kampuchea" habe aber keinerlei Angst vor der Bildung einer Dritten Kraft. Im Gegenteil: Man begrüße jede neue anti-vietnamesische Kraft, heiße selbst die Leute Lon Nols willkommen (AFP in SWB 6.11.79).

d) Umsiedlung von Vietnamesen nach Kampuchea? In einer Reihe von Sendungen klagt die "Stimme des Demokratischen Kampuchea" Vietnam an, systematisch kambodschanisches Land zu besetzen. Nicht nur 220.000 Soldaten seien ins Land geströmt, sondern auch Siedler. Dabei sei es zu "Patenschaften" zwischen kampucheanischen und vietnamesischen Provinzen gekommen. Zuständig für Ratanakiri - Stung Treng seien die Behörden der vietnamesischen Provinz Poh Khanh, für Svay Rieng (den sog. Papageienschnabel) die Provinz Long An, für Kompong Speu die Provinz Cuu Long; für Kompong Chan die Provinz Tay Ninh; für Kandal die Provinz An Giang und für Phnom Penh Ho Chi Minh-Stadt, das frühere Saigon. Die vietnamesischen Patenprovinzen seien inzwischen dazu übergegangen, praktisch die volle Autorität über die kambodschanischen Einheiten auszuüben, ob es sich nun um den Aufbau von politischen Organisationen, um das Fällen von Bäumen oder das Fangen von Fischen oder um polizeiliche Aktionen handelt (SWB 10.11.79). Auch Xinhua (XNA 2.11.79) greift das Thema auf und fragt, was es eigentlich zu bedeuten habe, daß bestimmte Provinzen Vietnams Ärzte, Agrotechniker und sonstige Helfer in kambodschanische "Schwesterprovinzen" entsenden.

Die "Stimme des Demokratischen Kampuchea" klagt die Vietnamesen an, besonders die fruchtbarste Region des Landes, nämlich die Landstriche um den Ton Le Sap (Tonle-See) an sich zu reißen. U.a. habe zwischen dem 11. und 13. September in der Provinzhauptstadt Siem Reap ein Fischereikongreß für den Tonle-See stattgefunden, in dessen Verlauf beschlossen wurde, ein erstes Kontingent von 5.000 vietnamesischen Fischerfamilien an den See umzusiedeln. Gleichzeitig habe man den Kambodschanern verboten, sich in der Ton Le Sap-Region niederzulassen (SWB 3.10.79). Peking behauptet, daß sich bereits 300.000 vietnamesische Siedler in Kampuchea niedergelassen und "kampucheanischen Boden beschlagnahmt" hätten. (BRU 1979 Nr.48, S.4).

Am 25. November trat Sihanouk zu einer mehrmonatigen Weltreise an. Es wird bestimmt keine Croisade Royale wie 1955 werden, als es dem Prinzen gelang, die Weltmeinung gegen seine außen- und innenpolitischen Widersacher aufzubringen. Immerhin aber wird es ihm möglicher-

weise gelingen, unter den Auslandskambodschanern eine vereinte Front von Gegnern der beiden Hauptfeinde des kambodschanischen Volkes zustande zu bringen. In einem Interview (auszugsweise wiedergegeben in CSM, 26.11.79) bezeichnet Sihanouk die Khmer Rouge als Feind Nr. 1 und die Vietnamesen als Feind Nr. 2. Das Genozid und die Aushungerung des kambodschanischen Volkes hätten nicht erst mit dem Einmarsch der Vietnamesen begonnen. Im übrigen seien die Khmer Rouge "zumindest zu 50% verantwortlich" für die vietnamesische Invasion und Okkupation des größten Teils von Kampuchea.

Zu den Vietnamesen findet Sihanouk keinen Zugang: Sie haben seine bisherigen Briefe zurückgewiesen. Auch mit den Chinesen, die ganz auf die Pol-Pot-Karte setzen, verbindet ihn ein immer kritischer werdendes Verhältnis. Sihanouk ist überzeugt davon, daß auf militärischem Wege kein Sieg über die Vietnamesen errungen werden könne. Trotzdem will er nicht aufgeben. Seine eigentliche Frage: "Was haben wir denn eigentlich für eine Wahl!?" Wenn die Kambodschaner schon sterben müssen, dann "wollen wir wenigstens als Soldaten, als bewaffnete Patrioten" sterben.

Erste Station seiner Reise ist Paris, wo er nicht nur für internationale Sympathien, sondern auch um patriotische Kambodschaner werben will. Insgesamt hofft er, eine Armee von 30.000 Soldaten zusammenzubringen - darunter nicht zuletzt Soldaten der früheren Lon-Nol-Truppen, die heute im Exil leben. Hauptproblem sei für ihn nicht die Rekrutierung, sondern vielmehr die Frage, wie diese Soldaten nach Kampuchea gebracht werden können. Ohne die Zustimmung Thailands laufe hier überhaupt nichts.

-we-

(18) Thailand: Grenz- und Flüchtlingsprobleme

a) Militärische Auseinandersetzungen an der Grenze: Seit Anfang Oktober häufen sich thailändische Meldungen über Ansammlungen vietnamesischer und VR-kambodschanischer Truppen entlang der thailändischen Grenze im Bereich des Übergangspunktes Aranyaprathet. Anfang Oktober war von acht vietnamesischen Divisionen in diesem Gebiet die Rede (XNA 2.10.79). In einer Note vom 22. Oktober protestierte das Außenministerium in Bangkok gegen die Beschießung thailändischer Gebiete (SWB 26.10.79): Am 19. Oktober gab Bangkok bekannt, daß seit Beginn des Vietnamfeldzuges in Kampuchea im Januar 1979 nicht weniger als 98 vietnamesische Soldaten auf thailändischem Gebiet gefangen genommen worden seien. Mitte Oktober will Thailand auf kambodschanischem Gebiet 22 vietnamesische Divisionen mit zusammen 180.000 Mann identifiziert haben. 40.000 davon seien entlang der Thaikambodschanischen Grenze stationiert (XNA 20.10.79). Anfang November griffen vietnamesische Schnellboote dreißig thailändische Fi-

scherboote an, die sich angeblich in vietnamesischem Territorialgewässer aufgehalten hatten.

Thailand reagierte mit abgestuften Maßnahmen: Es entsandte Protestschreiben und ließ entlang der kambodschanischen Grenze demonstrativ Militärübungen abhalten (SWB 15.10.79), ließ erklären, daß seine Streitkräfte bereit seien, gegen eine eventuelle Intervention vorzugehen und rief am 22. Oktober seinen Botschafter in Hanoi zur Berichterstattung zurück, und zwar wegen eines Artillerieüberfalls auf thailändisches Territorium, der drei Bauern getötet hatte (SWB 24.10.79). Der thailändische Premier Kriangsak besuchte am 17. Oktober den Grenzabschnitt zu Kampuchea (SWB 20.10.79). Bangkok kritisierte ferner die Waffenhilfe der Sowjetunion an Vietnam: Zwischen Januar und September 1979 hätten vierhundert sowjetische Schiffe vietnamesische Häfen angelaufen, von denen zumindest zweiundsiebzig mit Flugzeugen, Panzern und Helikoptern beladen waren (XNA 8.11.79 unter Berufung auf Berichte aus Bangkok).

Gleichzeitig versicherte sich Thailand der Hilfe anderer Großmächte:

- Am 28. Oktober erklärte Deng Xiaoping in Peking gegenüber dem thailändischen Parlamentspräsidenten und dem Oberkommandierenden der Luftwaffe, daß "die chinesische Regierung und das chinesische Volk... im Falle eines vietnamesischen Angriffs auf die ASEAN-Länder fest an deren Seite stehen. China wird auf der Seite Thailands stehen, wenn Vietnam dieses Land angreifen sollte" (BRu 1979, Nr. 44, S. 3).

- Hilfe kommt auch aus den USA. Anfang September trafen die ersten Waffen amerikanischer Provenienz auf dem Luftweg in Bangkok ein (SWB 18.9.79).

Am 26. Oktober forderte der thailändische Premier Kriangsak die UNO auf, eine "Fact Finding Mission" nach Thailand zu entsenden. Auch mit den anderen vier ASEAN-Ländern konnte Thailand eine gemeinsame Sprachregelung hinsichtlich der Indochinafrage finden. Vor allem Singapur unterstützt die thailändischen Ansichten und Maßnahmen, weshalb es von Seiten Phnom Penh als "Lautsprecher Pekings" kritisiert wurde. Die ASEAN-Staaten applaudierten auch der Erklärung des amerikanischen Staatssekretärs Richard Holbrooke, der in Singapur erklärte, daß die USA im Falle eines Angriffs auf Thailand "angemessen" reagieren würde (XNA 2.11.79).

Der Grund für die Attacken Vietnams besteht letztlich darin, daß Hanoi die Neutralität Bangkoks anzweifelt. Thailand mache mit den Aggressoren gemeinsames Spiel und lade unter dem Vorwand der "Selbstverteidigung" die USA und China ein, von seinem Boden aus gegen Kampuchea tätig zu werden (VNA in SWB 19.10.79). Thailand lasse überdies zu, daß China das sogenannte "Flüchtlingsproblem" dazu ausnutze, sich auf thailändischem Boden festzusetzen und Dele-

gationen dorthin zu entsenden (VNA in SWB 22.11.79). In der Tat hatte eine Delegation des chinesischen Roten Kreuzes im November mehrere Flüchtlingslager in Thailand besucht (XNA 24.11.79) und dabei u.a. Hilfe zugesagt. Seitdem träfen dauernd chinesische Schiffe mit Lieferungen für "kambodschanische Flüchtlinge", in Wirklichkeit aber für die aufständischen Pol Pot-Truppen ein. Überall bilde Peking heute Untergrundkämpfer aus. In Laos beispielsweise seien es bereits zehntausend Angehörige von Bergstämmen und chinesische Abkunft (Huaqiao) im Alter zwischen 18 und 25 Jahren, die unter chinesischem "Söldner"-Training stünden. China habe außerdem seit langem die USA bei der Unterstützung des Meoführers Vang Pao und des Fallschirmobersten Kongle ermutigt. Es habe außerdem Hilfe zur Errichtung der sogenannten "Laotischen sozialistischen Partei" geleistet. Eine chinesisch ausgebildete Division mit dem Namen "Lan Na" operiere in den drei nördlichen laotischen Provinzen Phong Saly, Nam Tha und Houa Phan. Überall würden heute von China "fünfte Kolonnen" aufgebaut, auch in Thailand; unter dem Aushängeschild der "Humanität" verwandle sich Thailand nach und nach in eine logistische und operationelle Basis der mit Peking zusammenarbeitenden Pol Pot / Jeng Sary-Einheiten (VNA in SWB 2.11.79).

Am 22. November kam eine Delegation des chinesischen "Ministeriums für öffentliche Sicherheit" nach Thailand. Sie besuchte u.a. die östlichen und nördlichen Regionen des Landes (XNA 22./23.11.79).

b) Diplomatische Aktionen. Trotz der Spannungen zum Nachbarn Vietnam blieben die diplomatischen Kanäle offen. Der stellvertretende Außenminister Vietnams, Nguyen Co Thach kam Mitte Oktober nach Bangkok, um die thailändische Regierung zu beruhigen (Radio Hanoi in SWB 22.10.79). Außerdem fand zwischen dem 16. und dem 21. Oktober die VI. Tagung des Internationalen Mekong Komitees statt, und zwar in Bangkok (SWB 5.11.79).

Die Regierung Heng Samrin meldete sich am 23. Oktober brieflich in Bangkok, um von der thailändischen Regierung Anerkennung zu erhalten (SPK in SWB 26.10.79). Doch Thailand will nach wie vor nur die Regierung der DK als legitim gelten lassen. Nach wie vor bestehen auch mäßige Handelsbeziehungen zwischen Thailand und Vietnam nachdem im Juli 1979 ein Schiffsfahrtsabkommen unterzeichnet worden war.

c) Aktivitäten der KP Thailands: Im Juli 1979 hatte die von Peking mitunterstützte "Stimme des Volkes von Thailand", ein Partisanensender der thailändischen KP, seine Anti-Bangkoksendungen eingestellt (dazu C.a. Juli 1979, Ü 5). Eine Reihe von Spekulationen knüpfte sich an dieses Ereignis:

Theorie Nr. 1: Peking brauche momentan gegen Vietnam die Unterstützung aller für eine anti-vietnamesische Politik infrage kommenden Kräf-

te. Regierung und KP Thailands sollen deshalb nicht mehr, wie bisher, gegeneinander kämpfen, sondern sich gemeinsam gegen Hanoi wenden. Sei die Indochinasituation einmal geklärt, würden die Chinesen wieder zur Unterstützung der Partisanensendungen zurückkehren (Bangkok "Nation Review" in SWB 19.7.79).

Theorie Nr. 2: Angesichts der Spannungen, zu denen es zwischen der Peking-orientierten KP einerseits und den laotisch-kambodschanisch-vietnamesischen KPs andererseits gekommen ist, sahen sich die Betreiber des Partisanensenders zu einem hastigen Umzug weg von den Grenzstreifen zwischen Laos, Vietnam und China veranlaßt. Träfe diese Annahme zu, so wäre auch das Schicksal der in der gleichen Region angesiedelten Partisanensender der kommunistischen Partei von Malaysia und der kommunistischen Partei von Birma in Frage gestellt (ebda).

Da der thailändische Partisanensender auch ein halbes Jahr nach seiner letzten Sendung kein einziges Programm mehr ausgestrahlt hat, ist anzunehmen, daß nicht die zweite, sondern vielmehr die erste Version zutrifft.

Offensichtlich ist diese Wendung der chinesischen Außenpolitik in der thailändischen KP nicht unwidersprochen geblieben. Schon der Sturz der "Viererbände" in China am 6. Oktober 1976 hat die bis dahin klar Peking-orientierte KP einer harten Prüfung ausgesetzt. Die "Anti-Terrorismus-Zentrale" in Thailand vermutet, daß schon damals zahlreiche Mitglieder "in den Dschungel geflohen" seien. An der Spitze allerdings hätten sich vermutlich stark pro-chinesische Kräfte gehalten. Schlüsselfigur in der KPT ist offensichtlich nach wie vor ein Thai-Chinese, Yuan Zhang, alias Wirat Angkhathawon, der strikten Pekingkurs hält und u.a. auch beherrschenden Einfluß auf den Partisanensender ausübt. Seit dem Regierungswechsel in China sind vermutlich einige Redakteure des Partisanensenders ausgewechselt worden, so daß die Auseinandersetzungen in der thailändischen KP parallel zur Säuberung der "Viererbände" in China verliefen.

In Thailand gibt es inzwischen Gerüchte, daß die seit 1976 von der KPT abgesprungenen Mitglieder inzwischen neue Parteien gegründet haben, die teils prosovietisch, teils pro-vietnamesisch sind, und daß die Hauptquartiere dieser Parteien in Laos zu suchen seien. (ebenda).

Unabhängig von der Einstellung des Senders kam es aber weiterhin zu Aktivitäten der Aufständischen. In der Provinz Chiang Rai in Nordthailand wurden zwanzig Regierungssoldaten getötet und einhundertunddrei verletzt, woraufhin die Streitkräfte eine erfolgreiche Gegenaktion starteten und zahlreiche "Terroristen" gefangen nehmen konnten (Bangkok World in SWB 7.8.79). Da alle Aufständischen in einen Topf geworfen werden, kann nicht festgestellt werden, ob es sich hier um KPI-Mitglieder oder um von der KP

abgefallene Elemente handelt. Am unruhigsten aber scheint es nicht mehr im Norden und Nordosten, sondern vielmehr im Süden zu sein, wo allerdings nicht nur KP-Aufständische operieren, sondern Mitglieder der Malayischen KP, der südthailändischen Nationalen Befreiungsfront, der Muslims und eine Bewegung für die Errichtung eines selbständigen Staates Pattani. Es ist vielleicht kein Zufall, daß die meisten Aktivitäten auf die Muslims, sowie die Pattani-Front und nicht etwa auf die KPT zurückgehen (SWB 4. und 20.9.79). Nach wie vor sind die "Hot Pursuit"-Abmachungen zwischen Thailand und Malaysia in Geltung. Ursprünglich hatten beide Regierungen ihren Truppen eine Verfolgung nur fünf Meilen in das Gebiet des anderen Staates hinein erlaubt. Inzwischen wurde dieser Bereich auf zwanzig Meilen ausgedehnt (Radio Bangkok in SWB 11.8.79). Die Theorie von der Aufspaltung der KPT in drei Gruppen scheint sich seit Anfang November zu bestätigen. An der thailändisch-laotischen Grenze wurden neun "Terroristen" gefangen genommen und vom "Intelligence Center" in der Udon Thani-Provinz vernommen. Den Vernehmungsergebnissen zufolge wurde erst in jüngster Zeit eine neue KPT in Laos begründet, mit Thoetphum Chaidi und Bunyen Wothong an der Spitze. Die Partei zerfalle allerdings in drei Fraktionen (Pro-Sowjetunion, Pro-China und für Nichtanlehnung). Die Gruppe unter Thoetphum Chaidi sei pro-sowjetisch ausgerichtet. Die neuen Gefangenen hatten ein Jahr lang politisches und militärisches Training in der Sayabury Provinz in Laos erhalten. Sie waren Studenten, die nach dem 6. Oktober 1976 nach Laos geflohen waren (Matichon in Thai 7.11.79, in SWB 9.11.79).

-we-

(19) Laos - dreipolige Außenpolitik; Rückblick auf die UP-Geschichte

Die Außenpolitik Vientianes zeigt im Berichtszeitraum eine Verstärkung jener Tendenzen, die sich bereits seit Monaten eingeschrieben haben, nämlich eine zunehmende Verschmelzung mit Vietnam und dem Ostblock, eine vorsichtige Absicherung nach Thailand hin und eine Gewehr-bei-Fuß-Haltung gegenüber China.

1) Die Beziehungen zur Sowjetunion wurden durch weitere Delegationsbewegungen intensiviert. Am 5. November wurde ein UdSSR-Laos-Kooperationsabkommen zwischen den beiderseitigen Nachrichtenagenturen geschlossen (SWB, 9.11.79). Zu Besuch kam auch eine Gosplan-Delegation, und zwar auf Einladung der laotischen nationalen Planungskommission (KPL in SWB, 2.10.79). Vorher bereits hatte sich Kaysone Phomvihane, Premierminister und Generalsekretär der laotischen KP, zwanzig Tage lang in der Sowjetunion aufgehalten (Radio Vientiane in SWB, 2.10.79) und hatte damit erneut bestätigt, daß kein anderer Führer irgendeines sozialistischen Staates Moskau häufiger besucht als er. Obwohl Laos, an-

ders als Vietnam, noch nicht in das COMECON einbezogen ist, klopft doch eine Ostblockdelegation nach der anderen an die laotische Tür. Anfang November wurde ein polnisch-laotisches Wirtschaftsabkommen geschlossen (KPL in SWB, 7.11.79). Im Oktober bereits hatte der bulgarische Parteichef Zhivkov Laos besucht und dort ein Freundschafts-, Kooperations- sowie ein Konsularabkommen unterzeichnet. In Art.2 werden allseitige ökonomische und technisch-wissenschaftliche Kooperationsformen vereinbart. In Art.4 befindet sich eine Art Ostblock-Hegemonieklausel. Es heißt dort nämlich, daß beide Parteien einen Kampf gegen "Imperialismus, Expansionismus, Hegemonismus, rassische Diskriminierung und Apartheid" führen wollen. In Art.6 ist eine Informationsklausel untergebracht (abgedruckt in SWB, 8.10.79). In dem gemeinsamen Kommuniqué vom 4. Oktober wird für eine noch bessere Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten sowie zwischen Laos und der Gemeinschaft der Ostblockländer plädiert.

Auch eine Wirtschaftsdelegation der DDR besuchte Laos. Im Kommuniqué wurde auf eine gemeinsame Erklärung vom Mai 1977 zwischen Kaysone und Erich Honnecker hingewiesen (Radio Vientiane in SWB, 7.11.79).

Die Vietnamesen traten ebenfalls vielfältig in Erscheinung. U.A. kam eine Handelsdelegation nach Laos (KPL in SWB, 5.11.79).

2) Gegenüber Thailand betreibt Vientiane eine Politik der vorsichtigen Annäherung. Bereits am 16. August war eine Thai-Delegation, mit dem Innenminister an der Spitze, nach Vientiane gekommen (KPL in SWB, 20.8.79). Damals wurde ein Sechs-Punkte-Memorandum ausgearbeitet, in dem die Einsetzung eines gemeinsamen Grenzkomitees, der Austausch von Informationen über die Bewegungen von "Terroristen" und die Repatriierung "illegaler Einwanderer" in beiderseitiger Richtung vereinbart wurde. Zu diesem Zweck sollten auch Telephonnetze erstellt werden. In dem Memorandum wurde allerdings nicht erwähnt, daß bereits vorher rund 100.000 Flüchtlinge aus Laos nach Thailand gekommen waren. Überdies hatten beide Staaten am 4. April ein gemeinsames Kommuniqué herausgegeben, in dem vereinbart wurde, daß kommunistische Aufständische, die Zuflucht beiderseits der Grenzen suchten, bekämpft würden. Was die Schifffahrt auf dem Mekong anbelangt, so sollte die Zahl der Patrouillenboote auf das notwendige Maß reduziert, und den Flußfischern geholfen werden. Bei Zusammenstößen hätten sich beide Seiten sofort zu informieren. Auch wurden fünf offizielle Grenzübergänge festgelegt, an denen der traditionelle Warenaustausch über den Fluß hinweg fortgesetzt werden sollte. (Bangkok Nation Review, 18.8.79 in SWB, 20.8.79).

Die fünf Punkte vom 17. August 1979 liefen dann im wesentlichen auf folgendes hinaus:

- (1) Beide Seiten errichten Grenzkomitees auf zwei Ebenen - zentral und lokal.
- (2) Beide Seiten ermächtigen die Komitees, in

Übereinstimmung mit dem Memorandum vom 17. August 1979 zu handeln.

(3) Das Komitee auf Zentralebene soll einmal im Jahr abwechselnd in Laos, dann wieder in Thailand, Plenarsitzungen abhalten. In Notfällen könnten Sondersitzungen je nach Bedarf stattfinden. Das Komitee auf Lokalebene soll zweimal jährlich ebenfalls abwechselnd im einen und dann im anderen Land tagen.

(4) Die Orte Muang Phonthong in Laos und Muang Chong in Thailand sollen als Plätze für den gelegentlichen Austausch von Waren - mit Ausnahme von Waffen und anderen Kriegsmitteln - dienen.

(5) Beide Seiten stellen mit Befriedigung fest, daß die Beziehungen zwischen ihnen bisher flexibel gehandhabt worden sind.

In Erwidierung des Besuches der thailändischen Delegation vom August kam eine laotische Delegation vom 7. bis 9. November nach Thailand, in dem die Vereinbarungen vom 17. August 1979 nochmals bestätigt wurden (Radio Vientiane, 11.11. in SWB, 14.11.79).

3) Im Hinblick auf die VR China war von weiterer Rüstungsbereitschaft die Rede: Vom 23. bis 29. September hatte die Militärkommission beim ZK den ersten Kongreß der Regionalstreitkräfte abgehalten, der von Einheiten der Regionalkräfte, der Milizeinheiten und der Betriebskampfgruppen besucht wurde (Radio Vientiane in SWB, 5.10.79). Im September auch war mehrere Male gefordert worden, daß die landwirtschaftlichen Genossenschaften in Zukunft strengeres Augenmerk auf ihre militärische Ausbildung legen müßten (Radio Vientiane in SWB, 26.9.79). Für das Feindbild war ein Aufruf Radio Vientianes vom 29. Oktober typisch. Angesichts der drohenden Haltung der "US-Imperialisten und der reaktionären Führer in Peking" müsse man die militärische Wachsamkeit erhöhen (SWB, 5.11.79). Seit Laos im Gefolge des chinesischen Angriffes auf Vientiane zur Mobilmachung übergegangen ist, werden immer weitere Bevölkerungskreise in den Rekrutierungsprozeß einbezogen. Flüchtlinge berichten, daß Anfang November bereits Jugendliche vom 13. Lebensjahr ab sich einem militärischen Training unterziehen müßten. Beauftragte der Armee durchsuchten systematisch Wohnviertel und Schulen nach Rekruten (in SWB, 14.11.79). Wahrscheinlich sind auch mehrere Tausend laotische Soldaten nach Kampuchea geschickt worden. Dies wenigstens behauptet die "Stimme des Demokratischen Kampuchea" (in SWB, 5.11.79). Umgekehrt ist es zu vietnamesischen Truppenkonzentrationen in der nördlichen laotischen Provinz Phong Saly gekommen, die unmittelbar an China angrenzt (SWB, 5.11.79). Möglicherweise haben diese Truppen ebenfalls mit der Rekrutierung von Laoten zu tun (so auch XNA, 3.11.79). Bekannt ist, daß die vietnamesischen Truppen gegen aufständische Meos in Laos vorgehen. Xinhua (XNA, 17.8.79) wirft ihnen den Gebrauch von Giftgas in diesem Zusammenhang vor.

Die Kampfmoral der laotischen Truppen scheint

nicht die beste zu sein. Abgesehen davon, daß immer mehr Menschen vor der Rekrutierung nach Thailand fliehen, kommt es auch zu Fluchtbewegungen von Soldaten. Besondere Aufmerksamkeit erregte die Flucht eines Laopiloten nach Thailand (XNA, 26.8.79).

4) Eine stark prosovjetiche Komponente zeigte sich auch am 52. Jahrestag der Oktoberrevolution, zu dem in Laos zahlreiche Glückwunschartikel erschienen. Im Zusammenhang mit diesem parteigeschichtlichen Rückblick wurden Betrachtungen über die Entwicklung des Kommunismus in Laos angestellt. Wörtlich hieß es dazu: "Der Marxismus-Leninismus wurde in unserem Land im Jahre 1930 eingeführt. 1934 entstand die Khwenlao-Partei, die unter der weisen und klarsichtigen Führung der Indochinesischen KP stand. Diese Partei ist die Vorgängerin der jetzigen laotischen KP. Das Volk von Laos kämpfte Schulter an Schulter mit dem verbrüdereten vietnamesischen und kambodschanischen Volk für den Sieg über die französischen Kolonialisten und die US-Imperialisten und hat inzwischen ein neues, brillantes Regime gegründet, nämlich die Volksrepublik Laos." Hierbei hätten Partei, Regierung und Volk der Sowjetunion entscheidende Mithilfe geleistet (Radio Vientiane, 7.11.79 in SWB, 15.11.79).

Bereits Ende November waren weitere interessante Einzelheiten über die Entstehungsgeschichte der laotischen KP bekannt gegeben worden. Das Politbüro der KPL hatte am 7. September einen Beschluß gefaßt, der die Vorbereitungsarbeiten für den 25. Jahrestag der KPL und den 5. Jahrestag der VR Laos ankurbeln sollte. Beide Jubiläen fallen auf das Jahr 1980. Offensichtlich gilt nunmehr das Jahr 1955 als offizielles Gründungsjahr der KPL. Eigentlich war die Gründung der laotischen KP bereits 1951 proklamiert worden. Am 22. März 1955 wurde die Partei dann in "Laotische Volkspartei" (Phak Pasason Lao) umbenannt. Die Volksrepublik Laos war nach Auflösung der Koalitionsregierung im Jahre 1975 gegründet worden, an deren Spitze Souvanna Phouma gestanden hatte. Souvanna Phouma übt heute die Funktion eines "Ratgebers der Regierung" aus und war in dieser Eigenschaft auch bei der Feier zur Oktoberrevolution in der sowjetischen Botschaft in Vientiane zugegen (Radio Vientiane in SWB, 15.11.79) (Einzelheiten über den Beschluß zur Vorbereitung der Jubiläen von 1980 in Radio Vientiane, 27.9.79, SWB, 5.10.79). In dem Vorbereitungsbeschluß wurde auch dazu aufgerufen, den gegenwärtigen staatlichen Dreijahresplan sowie den Staatsplan für 1980 zu erfüllen.

Was die Politik der KPL anbelangt, so bewegt sie sich zwischen Permissivität und Strenge: Einerseits läßt man wieder buddhistische Feste zu, so z.B. das jährliche That Louang Fest, das am 3. November für mehrere Tage begann (bezeichnenderweise wurde den Soldaten verboten, Waffen bei dieser friedlichen Veranstaltung zu tragen; außerdem durften Mönche in traditioneller Weise Nahrungsmittel einsammeln; hohe Repräsentanten des Regimes, u.a. Phoumi Vong-

vichtig, Vizepremier und Erziehungsminister, nahmen an einer Feierstunde teil (Radio Vientiane in SWB, 8.11.79); andererseits gehen die Umerziehungsseminare für Kader strikt weiter. Das erste Seminar dieser Art, das 45 Tage lang gedauert hatte, und an dem Funktionäre aus allen Teilen des Landes teilgenommen hatten, war am 5. August zu Ende gegangen. Insgesamt waren es 170 Genossen aus 13 Provinzen und verschiedenen Departments, die sich der Schulung unterzogen hatten. Zu ihnen gehörten auch hochrangige Kader aus verschiedenen Abteilungen und Sektionen, den Parteikomitees der Provinzen, Abgeordnete des "Erziehungskomitees für buddhistische Mönche" und Abgeordnete des "Armee-Erziehungskomitees", ferner Direktoren von Lehrerausbildungsschulen und Berufsausbildungsschulen. Hauptgegenstand der Ausbildung waren die Lehren des Marxismus-Leninismus. Phoumi Vongvichit, der bei der Abschlußfeier anwesend war, wies darauf hin, daß es der Zweck dieses ersten Seminars gewesen sei, jedem Teilnehmer Einsicht zu verschaffen in die Resolution des Politbüros über die Erziehungsarbeit in der neuen Periode. Diese Beschlüsse seien bei der erweiterten Konferenz des Politbüros über Erziehungsarbeit während der neuen Periode am 9. Dezember 1978 gefaßt worden (Radio Vientiane in SWB, 8.8.79).

Was das Gerücht der Gründung einer neuen thailändischen KP auf laotischem Boden anbelangt, so wurde es vom laotischen Botschafter in Thailand als leeres Gerede abgetan (in SWB, 18.10.79).

-we-

(20) Harmonie mit Nepal auf allen Gebieten

Seit den chinesisch-indischen Grenzausgleichsvereinbarungen in den Jahren 1958/62 und seit Abschluß des indisch-sowjetischen Freundschaftsvertrages vom August 1971 hat sich ein sowjetisch-chinesisch-indisches Dreiecksverhältnis herausgebildet, das von beachtlicher Stabilität ist: Indien und die Sowjetunion stehen zueinander in freundschaftlichen Beziehungen; das Verhältnis Peking-Moskau ist erstarrt, und was das Verhältnis China-Indien anbelangt, so hat sich die Pekinger Führung achselzuckend mit der Achse Neu Delhi-Moskau abgefunden.

Die Politik in diesem Dreieck zeigt seit einem Jahrzehnt Kontinuität. Ebenso berechenbar sind die Beziehungen der indischen Nachbarstaaten zu China, die von Herzlichkeit bis zu Freundschaft reichen, wengleich zuzugeben ist, daß der Hauptadressat der Pekinger Außenpolitik in den letzten zwei Jahrzehnten, Pakistan, seit dem Sturz Bhuttos etwas auf Distanz gegangen ist. Wirklich freundschaftlich sind aber nach wie vor die Beziehungen Chinas zu Sri Lanka und vor allem zu Nepal. Dies wurde erneut deutlich beim Besuch des nepalesischen Königs Birendra in Peking im August 1979, wo Nepal nicht nur als

Nachbar, sondern auch als Gründungsmitglied der Blockfreienbewegung angesprochen war (XNA, 28.8.79).

Nepal ist nach wie vor ein wichtiger Empfänger chinesischer Entwicklungshilfe. Die chinesische Unterstützung kommt vor allem der wegen des Gebirges so schwierigen Infrastruktur zugute. China ist neben Indien zum wichtigsten Straßenbauer in Nepal geworden. Eine Straße führt u.a. von Katmandu nach Tibet. Inzwischen gibt es auch zwei Brücken zwischen beiden Ländern. Die eine gehört zu der 800 km langen bilateralen Verbindungsstraße und berührt die Autonome Region Tibet im Kreise Nyanang. Diese "Freundschaftsbrücke" habe, wie es heißt, den lokalen Handelsaustausch seit 1966 mehr als verzehnfachen helfen. Allein von Januar bis Juli 1979 sei der Handelsaustausch gegenüber dem gesamten Vorjahr um mehr als 100% angestiegen (XNA in SWB, 10.9.79). Die zweite Brücke, die über den Grenzfluß Donglingzhangbu führt, wurde, wie es in einem Xinhuabericht vom 20. November heißt, "erst vor kurzem gebaut" (SWB, 3.12.79). Auch hier habe die beiderseits der Grenze lebende Bevölkerung erheblich profitiert. Die Einwohner des südlichen Tibet beispielsweise hätten Bedarf an Zucker, Kuhhäuten, Getreide und Früchten, die Nepal liefern könne. Umgekehrt bezögen die Grenzbewohner im nördlichen Nepal Salz, Hammelfleisch und Tee aus Tibet. Im übrigen besuchten seit 1972 jährlich über 5.000 Nepalesen das Krankenhaus, das von China im Zhangmu-Areal gebaut worden sei.

Weitere Zeichen des guten Willens wurden von China im Rahmen der 4. Sitzung der Gemeinsamen chinesisch-nepalesischen Grenzkommision gesetzt. Im August und September hatte das Komitee eine erste gemeinsame Besichtigung des Grenzverlaufes durchgeführt, an deren Ende Außenminister Huang Hua Katmandu besuchte (SWB, 10.9.79). Das Protokoll der Besichtigung wurde am 20. November 1979 in Katmandu unterzeichnet. Bereits am 21.3.1960 war es zwischen beiden Regierungen zu einem Abkommen über die Grenzfrage gekommen, in dessen Art. 2 der Gemeinsame Ausschuß stipuliert wurde. Der Grenzvertrag vom 5.10.1961 ergänzte dieses Abkommen. Am 20.1.1963 wurde dann das Protokoll über den genauen Verlauf der mit 1.111 km angegebenen gemeinsamen Grenze unterzeichnet. Insgesamt waren 79 Grenzmarkierungen festgelegt und durch genaue Detailkarten kommentiert worden. Im Mai 1977 beschloß die Gemeinsame Grenzkommision, den Zustand der Grenzmarkierung zu begutachten und Maßnahmen für die Reparatur oder den Ersatz eventuell beschädigter oder verloren gegangener Markierungen zu treffen. Außerdem sollte die Kommission eine offizielle Landkarte des Grenzverlaufs zwischen Nepal und China erstellen.

Beide Aufgaben wurden innerhalb von eineinhalb Jahren erledigt (XNA, 21.11.79). Xinhua (XNA, 25.11.79) zitierte mit Befriedigung nepalesische Pressestimmen, die die Großzügigkeit der chinesischen Seite und das herzliche Einvernehmen zwischen beiden Partnern bei der er-

neuten Inspektion hervorhoben. Das Vorgehen Chinas sei ein "leuchtendes Beispiel", das bei anderen internationalen Abmachungen Nachahmung finden möge.

-we-

(21) Das chinesisch-vietnamesische Verhältnis im Berichtszeitraum

Fünf Punkte sind zu erwähnen

a) am 22. November fand die 14. Vollsitzung der sinovietnamesischen Verhandlungen auf Vice-Außenminister-Ebene statt, und zwar wiederum in Peking. Der chinesische Vertreter bevorzugte diesmal die Kampuchea-Frage und warf den Vietnamesen vor, sie hätten sich wegen ihrer Angriffoperationen im laufenden Jahr am Tode von einer Million Kambodschanern schuldig gemacht und seien auch an der Hungersnot weiterer Millionen schuld. Von Januar bis Oktober 1979 hätten nahezu 400.000 Kambodschaner fliehen müssen, 300.000 Vietnamesen hätten sich währenddessen in Kampuchea niedergelassen (XNA, 22. und 23.11.79). Vietnam möchte sich doch an den chinesischen 8-Punkte-Vorschlag halten (Näheres hierzu C.a., Mai 1979, S.76 f.)

Der vietnamesische Vertreter wies die chinesischen Anschuldigungen zurück und wiederholte noch einmal die Vorwürfe aus dem "Weißbuch".

b) Dieses "Weißbuch" mit dem Titel "Die Wahrheit über die vietnamesisch-chinesischen Beziehungen in den letzten 30 Jahren" war am 4. Oktober 1979 vom Außenministerium der SRV ausgegeben worden und liegt in fünf Teilen (Vietnam in der Strategie Chinas; China und die Beendigung der Indochina-Kriege 1954; China und Vietnam in der Kampfzeit von 1954-1975; Chinas Politik nach der Wiedervereinigung Vietnams, 1975 ff; Pekings expansionistische Politik (Fakten über den chinesischen "Expansionismus" in den letzten 30 Jahren) vor. (Die Abhandlung ist auch auf deutsch erschienen)

Peking nahm in mehreren erregten Kommentaren zu diesen "Verleumdungen" Stellung. Die offene Feindschaft, die "vietnamesische Behörden gegenüber China" zeigten, sei erst in den letzten zwei Jahren zutage getreten, im übrigen seien die beiderseitigen Beziehungen im Geiste der Freundschaft und Zusammenarbeit verlaufen. Wie sei die heutige Aussage, daß China die Vietnamesen dreimal verraten habe, mit den über Jahre sich hinziehenden positiven und prochinesischen Äußerungen Ho Chi Minhs zu vereinbaren. War Ho Chi Minh nur ein "Komplize und Erfüllungsgehilfe bei Chinas Verrat"? Von "Zuckerbrot" (in Form chinesischer Entwicklungshilfe) und "Peitsche" (in Form von Expansionismus) könne angesichts der von jedermann nachprüfbareren Tatsachen gewiß keine Rede sein. Wenn Hanoi gerade im jetzigen Zeitpunkt das "Weißbuch" veröffentliche, so wolle es damit nur von seiner eigenen Kampuchea- und Laos-Politik ablenken (RMRB, 15.10.79). Am 14., 20. und 25. No-

vember ließ RMRB weitere "Kommentare" zu dem Weißbuch folgen, in denen Fakten gegen Fakten gesetzt wurden. Gleichzeitig schrieb der vor zwei Monaten nach China geflohene Huang Van Hoan ebenfalls einen langen Kommentar, in dem er Absatz für Absatz auf das Weißbuch eingeht (XNA, 26. und 27.11.79). Hanoi ließ sich durch diese Kritik jedoch nicht abschrecken, sondern veröffentlichte am 12. November ein neues Dokument, das vom "Ausschuß für die Erforschung der Kriegsverbrechen, begangen durch die chinesischen Expansionisten und hegemonistischen Aggressoren in der Zeit zwischen dem 16. März und dem 31. Oktober 1979", herausgegeben wurde. In vier Punkten wird den Chinesen vorgeworfen

- die Provokation an der Grenze fortzusetzen und vietnamesisches Territorium zu verletzen. Im angegebenen Zeitraum sei es zu 550 Erschießungen auf vietnamesischem Gebiet gekommen, außerdem hätten die Chinesen 400 - 500 Meter innerhalb Vietnams Gräben ausgehoben, militärische Straßen angelegt und Schanzanlagen gebaut.

- Verstärkung des psychologischen Kriegs und Koordination der Propaganda mit den USA.

- Zerstörungsmaßnahmen gegen Vietnam. Schon während des Frühjahrsangriffes hätten die Chinesen im Grenzgebiet 735 Erziehungsanstalten, 428 Krankenhäuser und 690 Kindergärten zerstört, nunmehr versuchten sie auf jedem Gebiet Blockaden gegen Vietnam zu verhängen.

- Fortsetzung der Kriegsvorbereitungen: Peking unterhalte entlang der sino-vietnamesischen Grenze 15 Divisionen und führe dort auch häufige Militärübungen durch (VNA in SWB, 15.11.79).

China blieb die Antwort nicht schuldig und warf den Vietnamesen vor, daß sie 1979 370 "militärische Provokationen und Übergriffe nach Yunnan und Guangxi begangen und dabei über 30 Chinesen getötet oder verwundet hätten (XNA, 20.11.79). Zwischen dem 1. und dem 10. November sei es zu 68 bewaffneten Übergriffen gekommen (XNA, 21.11.79).

In Yunnan kommen Klagen auf, daß die häufigen vietnamesischen Übergriffe die Herbsternte bedrohen. Um hier Abhilfe zu schaffen, seien vor allem Fronteinheiten mit der Ernte beschäftigt gewesen. (Nach SWB, 23.11.79)

Vietnam hat inzwischen wahrscheinlich 1 Mio. Soldaten unter Waffen. Dies war möglich, nachdem im März 1979 - und zwar im Gefolge des chinesischen "Erziehungsfeldzugs" - die Generalmobilmachung ausgerufen wurde. Zur Zeit werden überall Reserveoffiziere eingezogen (Radio Hanoi in SWB, 9.11.79). Es finden militärische Übungen statt, die bisher offensichtlich größte in Haiphong, die XNA (23.11.79) in Zusammenhang mit einem sowjetischen Flottenbesuch bringt. Auch die regionalen Streitkräfte werden laufend aufgefüllt. Sie spielten, wie

Nhan Dan ausführte, eine Schlüsselrolle beim lokalen Volkskrieg und seien zusammengesetzt aus lokalen Truppen der Provinzen und Distrikte wie aus der Miliz und den Selbstverteidigungskräften der Siedlungen, Dörfer, Fabriken, Nachbarschaften, Farmen, Forststationen, Regierungsagenturen und Schulen. Vor allem habe man aber dafür gesorgt, daß die regionalen Streitkräfte besser bewaffnet würden (SWB, 9.11.79). Am 25. Oktober hielten der vietnamesische Generalstab und die Allgemeine Politabteilung der Armee eine Konferenz aller Armeeschulen ab, in der die Ziele für 1979/80 erläutert wurden. (Radio Hanoi, 30.10. in SWB, 9.11.79)

c) Vietnam wirft den Chinesen vor, Flüchtlinge auszubilden, die dann später als unruhestiftende Elemente in Vietnam, Laos und Kampuchea eingesetzt werden sollen. Schon 1978 habe China mit einer solchen Taktik erfolgreich Zehntausende von Hoa (Chinesen) zur Flucht aus Vietnam veranlassen können. Diese Flüchtlinge würden nun für Berg- und Schiffskommandos sowie für "Pfadfindereinheiten" gegen Vietnam ausgebildet. In Laos habe China Anhänger des "Banditen" Vang Pao sammeln können und mit ihrer Hilfe eine sog. "Laotische Sozialistische Partei" aufgestellt, die gegen die Volksrepublik Laos arbeiten soll. Zur Zeit würden 3.000 "Lao-Banden" auf chinesischem Territorium für künftige Subversionsakte trainiert. Schon früher habe China eine Division von 4.000 "Rebellen" ausgebildet und unter dem Namen "Lan Nha" in die laotischen Provinzen von Phong Sly, Nam Tzha und Houa Phan entsandt.

Am 25. Oktober sei eine sog. "Mannschaft" zum Empfang indochinesischer Flüchtlinge - in Wirklichkeit eine Ausbildungstruppe für subversive Elemente - in Thailand eingetroffen und habe dort verschiedene Flüchtlingslager im Osten besucht, um rd. 10.000 Personen, zumeist Mitglieder der Minderheiten in Laos im Alter zwischen 18 und 25 Jahren, für ihre Subversionszwecke anzuwerben. Die Delegation habe dabei auch Lager besucht in denen Pol-Pot-Armisten Unterkunft gefunden hätten. Die sog. Hilfslieferungen für kampucheanische Flüchtlinge, die per Schiff nach Thailand gelangten, hätten keinen anderen Zweck, als die Verschiffung von Waffen, Munition und anderen Geräten für die Pol-Pot-Armee zu "legalisieren". Pekings "Hilfe für die Flüchtlinge" sei in Wahrheit eine Unterstützungsaktion für die Pol-Pot-Banden (Radio Hanoi, 18.11.79, SWB, 20.11.79).

d) Besonders dicht war die Sendefolge des in Hochchinesisch funkenden Senders "Ba Yi" (wörtlich "1. August", wobei auf die Gründung der chinesischen VBA am 1. August 1917 angespielt wird). Ob dieser Sender von der Sowjetunion oder aber von Vietnam betrieben wird, läßt sich nach Lage der Dinge vorerst nicht klären. Jedenfalls enthalten sämtliche Sendungen gewürzte Anti-China-Propaganda, die dann vom offiziellen Radio Hanoi manchmal ein zweites Mal ausgestrahlt werden. Die Sendethemen waren diesmal: Deng Xiaoping unterminiere Hua Guo-

fengs Position während dessen Europa-Reise (SWB, 14.11.79); die chinesischen Soldaten würden infolge der Angriffsvorbereitungen gegen Vietnam rücksichtslos von ihren Familien weggerissen (SWB, 23.11.79); schändliche Zusammenarbeit mit den US-Imperialisten (SWB, 23.11.79); die Verurteilung des Dissidenten Wei Jingsheng sei als "Schlag gegen den Vorsitzenden Hua" gedacht gewesen (SWB, 14.11.79); Berichte über eine Wandzeitung in der sichuanesischen Hauptstadt Chengdu vom 11. Oktober 79, die die enge Zusammenarbeit mit den USA und Japan sowie mit der NATO kritisierte (SWB 19.11.79).

Es ist bei diesen Sendungen bezeichnend, daß sie so abgefaßt sind, als seien sie von Chinesen in China verfaßt. So erfolgt die Diktion z.B. immer in der "Wir"-Form. Die Sprecher scheinen dabei immer das Beste für China im Auge zu haben (so z.B. in den Sendungen SWB 23. und 27.11., so daß dann die Rede davon ist, daß unser Land "sich auf die Seite der kapitalistischen Länder" geschlagen hat). Am 6. November brachte Radio Hanoi eine Sendung, die angeblich ebenfalls von "Bayi" übernommen worden war. Deng Xiaoping habe beiläufig im Hinblick auf den "Strafvollzug" gegen Vietnam erwähnt, daß China dafür 3 Mrd. US\$ habe aufbringen müssen und 60.000 Soldaten verloren habe. Doch hätten die USA und Japan versprochen, als Ausgleich für diese Verluste 7,4 Mrd. US\$ für das chinesische Modernisierungsprogramm beizusteuern. Deng habe also mit anderen Worten 60.000 Soldaten geopfert, um dafür 4,5 Mrd. US\$ Gewinn einzuhemsen. Was bedeuteten schon 60.000 Soldaten! Selbst ein Verlust von 600.000 Leben sei nicht so beklagenswert... (SWB, 12.11.79). Diese Sendung richtete sich wohlgerichtet an die chinesische Armee.

e) Besonders intensiv war im Berichtszeitraum der Austausch mit den Ostblockstaaten. Am 8. November besuchte eine sowjetische Marine-delegation die SVR (VNA 9. und 10.11.); aus der Sowjetunion kamen ferner eine TV-Delegation (6.11.79), eine Wirtschaftsdelegation (6.11.79), eine Geologie-Delegation (6.11.79), eine Artistentruppe (9.11.79), eine Arbeiterdelegation (SWB 9.11.), eine Gewerkschaftsdelegation (9.11.79), eine Komsomol-Delegation (SWB 10.11.79) und - nicht zuletzt - eine Marineflottille, die in Haiphong anlegte und unter Führung des Vizeadmirals N.H. Yasakov, des ersten Stellvertretenden Kommandeurs der sowjetischen Pazifikflotte stand (VNA in SWB, 7.11.79). Einige dieser Besuche hingen zusammen mit dem einjährigen Jubiläum des im November 1978 abgeschlossenen Freundschafts- und Kooperationsvertrages zwischen Vietnam und der Sowjetunion, der - wie es hieß - eine neue Qualität in die Entwicklung der beiderseitigen Beziehungen gebracht habe (Radio Hanoi, 5.11. in SWB, 7.11.79). Xinhua (XNA, 5.11.79) wirft den Sowjets vor, daß sie aufgrund dieses Vertrages die Vietnamesen mit Mig 23-Jagdflugzeugen sowie mit Zerstörern versorgt hätten. Groß herausgestellt wurde auch ein Besuch des bulga-

rischen Partei- und Regierungschefs Schifkov (VNA in SWB, 6.10.79) und eine Delegation des Weltfriedensrates (VNA in SWB, 31.10.79), die auch Laos eine Visite abstattete. Am 1. Oktober wurde zwischen Vietnam und Bulgarien ein Ho-Chi-Minh-Stadt ein Zweigbüro der "Vietnamesisch-sowjetischen Freundschaftsgesellschaft" eröffnet (VNA in SWB 7.11.79).

-we-

(22) "Volksdiplomatie" mit Australien

Die Australian Broadcasting Commission hat inzwischen bekanntgegeben, daß sie im Jahre 1978 aus der VR China nicht weniger als 24.500 Hörerzuschriften bekommen habe. Noch 1977 waren es nur 25 gewesen. Wegen der günstigen Sendelage und offensichtlich auch wegen des interessanten Programms finden die australischen Sendungen außerordentlich starken Zuspruch, vor allem von seiten der Bewohner chinesischer Küstenstädte (SWB 19.11.79).

Weniger erfreulich fiel die Begegnung im Fußball aus. Die für die Weltmeisterschaften vorgesehene Elf gewann in Shanghai gegen eine chinesische Auswahl 3:2 und spielte in Peking 2:2 unentschieden. Über beide Begegnungen wurde von Xinhua (XNA, 14.11. und 17.11.1979) bis in die Einzelheiten berichtet. Dabei wurden allerdings der "Football-Hooliganism", über den Radio Melbourne sich später so beklagte, verschwiegen. Nachdem das Spiel infolge einiger "zweifelhafter Schiedsrichterentscheidungen" zugunsten der Chinesen etwas "rauh" geworden sei, sei es zu Zusammenstößen mit den wenigen australischen Zuschauern gekommen, die dagegen protestierten, daß chinesische Zuschauer Knallfrösche auf das Feld warfen. Nach dem Spiel "the crowds of Chinese mobbed and kicked cars of Australian diplomats", wie es in der Sendung aus Melbourne hieß.

-we-

ALLGEMEINE GRUNDSÄTZE DER AUSSENPOLITIK

(23) Definition des "Hegemonismus"

Am 30. November nahm der Erste Ausschuß der 34. UNO-Generalversammlung eine Resolution gegen den Hegemonismus an, die von Bangladesch und fünf anderen Ländern eingebracht und u.a. auch von China befürwortet worden war. China hatte zwar bereits am 2. November einen eigenen Entwurf eingebracht, (XNA 3.11.79) sich jedoch dann dem später angenommenen Entwurf Bangladeschs angeschlossen, da dieser, wie der chinesische Vertreter Lai Yali betonte, im wesentlichen die gleichen Elemente enthalte wie der chinesische Entwurf (XNA 1.12.79).

Die Sowjetunion hatte ebenfalls einen Anti-Hegemonismus-Entwurf eingebracht, ihn jedoch im letzten Augenblick zurückgezogen, da sie offensichtlich befürchtete, sie werde bei der Abstimmung gegenüber Bangladesch den kürzeren ziehen.

In dem Beschluß werden alle Formen der Beherrschung, der Unterwerfung, der Einmischung und Intervention sowie alle Formen des Druckes, sei er nun politischer, ideologischer, militärischer oder kultureller Art, in den internationalen Beziehungen verurteilt. Gleichzeitig wird der Rückzug aller Okkupationskräfte aus fremden Territorien sowie die Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung gefordert (XNA 1.12.79).

In einer Rede hatte Lai Yali noch einmal die chinesische Auffassung vom Wesen des Hegemonismus hervorgehoben.

Ganz allgemein sei der Hegemonismus gekennzeichnet durch eine Mißachtung der Ziele und Prinzipien der UN-Charta, durch die Verletzung der allgemein anerkannten Normen in den internationalen Beziehungen, vor allem durch Eingriff in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten.

In einer noch etwas spezifischeren Definition werden die besonderen Charakteristiken des Hegemonismus hervorgehoben:

1) Starke Aufrüstung und Vorbereitung für die Entfesselung eines neuen Weltkrieges, wobei die 'spätkommende Supermacht' aktiv eine 'Kanonen statt Butter'-Politik betreibt und auf diese Weise die Militärausgaben Jahr für Jahr steigert.

2) Verfolgung einer Außenpolitik der Aggression und der Expansion, die charakterisiert ist durch Subversion, Einrichtung von Marionettenregimen und durch die Inszenierung von Söldnerinvasionen.

3) Entsendung von Agenten und Entfesselung von Stellvertreterkriegen, wobei andere vorgeschickt werden, um in Interesse der globalen Expansion die Kastanien aus dem Feuer zu holen.

4) Ökonomische Ausbeutung und Ausplünderung anderer Staaten mit dem Ziel, deren Wirtschaft unter die eigene Kontrolle zu bringen" (XNA 2.12.79).

-we-

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN UND KONFERENZEN

(24) Rückkehr ins Internationale Olympische Komitee

Am 26. November schloß das IOC bei seiner Tagung

in Lausanne einen Kompromiß, der es beiden chinesischen Teilstaaten erlaubt, an den kommenden Olympischen Spielen in Lake Placid und in Moskau (1980) teilzunehmen. Die Entscheidung wurde am 28. November von der chinesischen Führung in der Großen Halle des Volkes in Peking - in Anwesenheit u.a. von Deng Xiaoping - gefeiert (XNA, 27., 28., und 29. 11.79). Auch die RMRB brachte am 28. November einen Artikel, in dem die "realistische" Haltung des IOC gelobt wurde. Der Kompromiß sieht vor, daß das Olympische Komitee der VR China zu der olympischen Bewegung, die es 1958 verlassen hatte, als eigentliche Vertretung Chinas wieder zurückkehren kann.

Taiwans Mitgliedschaft wird aufrechterhalten, sofern das Nationale Olympische Komitee seinen Namen auf "Chinesisches Olympisches Komitee Taipeh" umstellt sowie Flagge, Hymne und das Emblem bis zum 1. Januar 1980 freiwillig ändert. Taiwan darf auch nicht mehr unter der Bezeichnung "Republik China" auftreten. Dies hieße, daß Taipeh im Sportbereich die 1911 von Sun Yatsen geschaffene Fahne und Hymne sowie den Staatsnamen aufgibt und damit - wegen der Beteiligung an einem sportlichen Ereignis - eine immerhin achtundsechzigjährige Tradition aufgibt. Taiwan könnte allerdings die Bezeichnung "chinesisch" beibehalten.

-we-

AUSLÄNDER UND DIE VR CHINA

(25) China hat zweitausendzweihundertdreißig Studierende ins Ausland entsandt

In den letzten zweiundzwanzig Monaten sind nach Auskunft des Ministeriums für Erziehung und der chinesischen Akademie der Wissenschaften insgesamt zweitausendzweihundertdreißig chinesische Studierende in insgesamt dreiunddreißig Länder entsandt worden. Die meisten von ihnen gingen in die USA (fünfhundert), nach Großbritannien (dreihundert), Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland (je zweihundert) sowie Japan (einhundert). Andere Gastländer sind Australien, Belgien, Kanada, Dänemark, Italien, Volksrepublik Korea, Kuwait, die Niederlande, Neuseeland, Norwegen, Rumänien, Schweden, Schweiz und Jugoslawien. Unter den Entsandten sind eintausendsechshundert wissenschaftliche Referenten, die ihren Gastländern z.T. nur kürzere Besuche abstatten, ferner einhundertachtzig Studenten mit abgeschlossener Staatsprüfung und vierhundertzwanzig Studenten ohne abgeschlossenes Studium. Eintausendachtundvierzig studieren Naturwissenschaften und vierhundert Sozialwissenschaften sowie Sprachen (XNA 9.11.79).

-we-

(26) Immer mehr Patenschaften

Nachdem die Bewegung der Städte-Partnerschaften zwischen China und Japan bereits hoch in Mode gekommen ist, werden nun auch Freundschaftsbeziehungen mit Städten Europas und der USA errichtet. Am 23. November beispielsweise wurde eine solche Partnerschaftsbeziehung zwischen Rotterdam und Shanghai, den größten Häfen des jeweiligen Landes geschlossen, (XNA, 24.11.79). Ferner wurden Nanjing und St. Louis/USA "Schwesterstädte" (XNA, 2.11.79). Bereits am 31. Oktober war ein "Freundschaftsabkommen" zwischen der Provinz Hubei und dem US Staat Ohio geschlossen worden (XNA, 31.10.79). Zweck solcher Abkommen ist es, den beiderseitigen wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Austausch zu intensivieren. In dem Ohio-Vertrag war auch von amerikanischen Investitionen die Rede.

-we-

INNENPOLITIK

(27) 12. Sitzung des Ständigen Ausschusses des V. Nationalen Volkskongresses

Die 12. Sitzung des Ständigen Ausschusses des V. Nationalen Volkskongresses fand vom 23. bis 29. November 1979 in Peking statt. Den verschiedenen Berichten und Meldungen in den chinesischen Massenmedien zufolge, faßten die Teilnehmer verschiedene Beschlüsse, die im folgenden kurz abgehandelt werden (siehe RMRB, 30.11.79; Radio Peking, 29.11.1979, nach SWB, 2.12.79; Xinhua, 26.11.79, nach SWB, 30.11.79; XNA, 23., 26., und 27.11.79).

1. Beschluß über die Gültigkeit der Gesetze und Verordnungen, die nach der Gründung der Volksrepublik China ausgearbeitet wurden.

Nach diesem Beschluß bleiben alle Gesetze und Verordnungen, die seit der Gründung der Volksrepublik China am 7. Oktober 1949 von der früheren Zentralen Volksregierung und später vom Nationalen Volkskongreß und seinem Ständigen Ausschuss ausgearbeitet, beschlossen und erlassen worden waren, weiterhin gültig, sofern sie nicht in Widerspruch zur jetzigen Verfassung und zu den anderen Gesetzen stehen, die vom V. Nationalen Volkskongreß und von dessen Ständigen Ausschuss verabschiedet wurden. In seiner Erläuterung dieses Resolutionsentwurfes nannte der stellvertretende Vorsitzende des Rechtsausschusses beim Ständigen Ausschuss des V. NVK drei Gründe für das weitere Festhalten an den alten Gesetzen:

a) Die nach Gründung der Volksrepublik erlassenen Gesetze und Verordnungen seien soziali-